

Wirtschaftsleistung und -strukturen sowie Einkommensverteilung und -umverteilung in den Verwaltungsbezirken Hessens

Informationen zur Entwicklung und Struktur der Wirtschaftsleistung sowie zu den Einkommensverhältnissen in den kreisfreien Städten und Landkreisen sind für die Wirtschaftspolitik eines Bundeslandes von großer Bedeutung. Im vorliegenden Beitrag wird eingangs die Entwicklung der Wirtschaftsleistung im Krisenjahr 2009 dargestellt. Das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der hessischen Landkreise nahm 2009 gegenüber dem Vorjahr um 3,4 % ab und lag damit genau im Bundestrend. Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise waren in den Kreisen deutlich stärker zu spüren als in den kreisfreien Städten, die einen Rückgang des BIP um 0,5 % verzeichneten. Landesweit nahm das nominale BIP um 2,2 % ab. Anschließend werden regionale Entwicklungen aus der Entstehungs- und aus der Verteilungsperspektive aufgezeigt. Entstehungsseitig werden strukturelle Änderungen anhand von 2 Trends dargestellt: Zum einen wird der Trend zur Dienstleistungswirtschaft, der auch unter dem Schlagwort Tertiärisierung firmiert, thematisiert, zum anderen soll der Trend zur Wissenswirtschaft anhand der Entwicklung technologieintensiver Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes und wissensintensiver Dienstleistungen dargestellt werden. Im Zehnjahresvergleich nahm der Anteil des Dienstleistungsbereichs in den Landkreisen stärker zu als in den kreisfreien Städten, jedoch auf einem geringeren Niveau. Beim Einkommensaggregat „Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer“ zeigen sich beträchtliche Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen. Eine Zerlegung dieser Unterschiede in einen Struktur- und einen Einkommenseffekt legt offen, dass Letzterer in der Gesamtbetrachtung überwiegt, was bedeutet, dass die Entlohnung in den kreisfreien Städten innerhalb der gleichen Wirtschaftsbereiche höher als in den Landkreisen ist. Bei der Betrachtung der beiden Effekte auf der Ebene der Wirtschaftsbereiche sind jedoch regionalspezifische Strukturen ausschlaggebend. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist das aussagekräftigste Einkommensaggregat, denn es enthält alle Einkommen, die den privaten Haushalten zufließen, und alle Abzüge, die es reduzieren. Spitzenreiter in Hessen beim verfügbaren Einkommen je Einwohner ist der Hochtaunuskreis; es zeigt sich, dass sich der Abstand zum einkommensschwächsten Kreis ausgeweitet hat. Nach der Darstellung der Entwicklung des verfügbaren Einkommens wird abschließend der Frage nachgegangen, wie sich die Einkommensverteilung, d. h. die Umverteilung vom Primäreinkommen zum verfügbaren Einkommen, im abgelaufenen Zehnjahreszeitraum in Hessen verändert hat. Das verfügbare Einkommen entwickelte sich stärker als das Primäreinkommen, was insbesondere auf die Zunahme von Sozialleistungen zurückgeführt werden kann. Damit hat die Umverteilung zwar zugenommen, der Abstand des letztplatzierten Kreises zum Landesdurchschnitt hat sich dennoch ausgeweitet. Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL) stellt gesamtwirtschaftliche Ergebnisse auf Länderebene regelmäßig zur Verfügung. Das Hessische Statistische Landesamt, das diesem Arbeitskreis angehört, errechnet für Hessen darüber hinaus Ergebnisse auf der Ebene der Verwaltungsbezirke. Da die Regionalisierung der Landeswerte eine große Menge statistischer Quelldaten erfordert, liegen die Ergebnisse für die Verwaltungsbezirke erst eineinhalb Jahre nach Ablauf des Berichtsjahres vor.

In den Landkreisen wurden 60 % der Wirtschaftsleistung erbracht

Im Jahr 2009 betrug das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Hessen 215,3 Mrd. Euro¹⁾. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) umfasst den Wert aller in einer Region produzierten Waren und Dienstleistungen. Es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen. Damit drückt das BIP die in einer Region erbrach-

te wirtschaftliche Leistung aus. Knapp 60 % wurden in den Landkreisen und gut 40 % in den kreisfreien Städten erwirtschaftet. Der wirtschaftliche Schwerpunkt des Landes liegt in Südhessen. Auf den Regierungsbezirk Darmstadt entfielen 70 % der hessischen Wirtschaftsleistung. Hier sind die großen kreisfreien Städte des Landes mit ihren zentralörtlichen Funktionen angesiedelt: Darmstadt als Sitz des Regierungspräsidiums und der Technischen Universität, Frankfurt am Main als Dienstleistungszentrum mit den Bankenzentralen, Sitz der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank und ebenfalls Universitätsstadt, sowie die Landeshauptstadt Wiesbaden als Standort der Landesverwaltung und von Versicherungsunternehmen. Damit

1) Ausführliche Angaben zur wirtschaftlichen Entwicklung in den hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten können den Statistischen Berichten entnommen werden, die unter www.statistik-hessen.de, Thema „Gesamtwirtschaft, Konjunktur“, Unterthema „Veröffentlichungen“ kostenfrei abgerufen werden können.

Nominales Bruttoinlandsprodukt in den hessischen Verwaltungsbezirken 2009 in Rangfolge
(Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr)



HSL 65/11

Berechnungen nach ESGV 1995. Berechnungsstand: August 2010/Juli 2011.

wurde im Regierungsbezirk Darmstadt das 2,4-fache der Regierungsbezirke Kassel und Gießen erwirtschaftet, die gut 16 bzw. 13 % zum Gesamtergebnis beitragen.

Schwergewicht unter den Verwaltungsbezirken war Frankfurt am Main. Hier wurde im Jahr 2009 allein ein Viertel des hessischen BIP erwirtschaftet. Dahinter folgte mit großem Abstand die Landeshauptstadt Wiesbaden mit einem Anteil von gut 6 %. Den größten Anteil unter den Kreisen trug der Landkreis Offenbach mit gut 5 % bei, gefolgt vom Main-Kinzig-Kreis mit einem Anteilwert von knapp 5 %. Die geringsten Beiträge zum hessischen BIP leisteten mit jeweils rund 1 % der Odenwaldkreis, der Vogelsbergkreis und der Werra-Meißner-Kreis.

BIP in den Kreisen stärker gesunken als in den kreisfreien Städten

In Hessen insgesamt nahm im Krisenjahr 2009 das BIP preisbereinigt um 4,1 % ab; nominal war ein Minus von 2,2 % festzustellen. In den Landkreisen ging das nominale BIP um 3,4 % zurück; das nominale BIP in Deutschland wies die gleiche Veränderungsrate auf. Damit schlug sich die Wirtschafts- und Finanzkrise in Hessen in den Kreisen deutlich stärker nieder als in den kreisfreien Städten, die einen Rückgang des nominalen BIP von 0,5 % verzeichneten. Im Lahn-Dill-Kreis nahm das BIP um 8,2 % ab. Dies war mit Abstand der stärkste Rückgang unter den hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten, gefolgt vom Landkreis Groß-Gerau mit - 4,7 und dem Landkreis

Kassel mit - 4,5 %. Dagegen wies die Stadt Frankfurt am Main mit einem Minus von 0,2 % den geringsten Rückgang auf, gefolgt von der Wissenschaftsstadt Darmstadt mit - 0,4 %. Hierbei handelt es sich um vorläufige Ergebnisse, die für die hessischen Verwaltungsbezirke bis 2009 nur nominal vorliegen, da auf Kreisebene keine Informationen bezüglich der Deflationierung verfügbar sind.

Bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Situation muss neben der Veränderungsrate allerdings auch das Niveau betrachtet werden. So betrug beispielsweise im Jahr 2009 das BIP je Einwohner im Lahn-Dill-Kreis 28 500 Euro und lag damit über dem Durchschnitt der hessischen Kreise (27 590 Euro). Grundsätzlich belegen beim Vergleich der Wirtschaftsleistung je Einwohner die kreisfreien Städte Spitzenplätze. Sie profitieren von einem Überschuss an Einpendlern, die an ihrem Arbeitsort zur Wertschöpfung beitragen. Hier entfielen im Durchschnitt auf jeden Einwohner 61 860 Euro des BIP. Frankfurt am Main übertraf den Hessenwert (35 510 Euro) um mehr als 120 % und erreichte 79 490 Euro. Neben dem Einpendlerüberschuss zeichnen dafür eine hochproduktive Wirtschaftsstruktur und eine Häufung von Unternehmenszentralen verantwortlich. Am anderen Ende der Skala lag der Rheingau-Taunus-Kreis (20 400 Euro).

Wirtschaftsstrukturen und deren Veränderungen im Zeitablauf

Eine Darstellung der Wirtschaftsstrukturen, also der Bereiche, in denen die Wirtschaftsleistung erbracht wird, ist anhand des BIP, das zu Marktpreisen ermittelt wird, nicht möglich. Hierfür wird die Bruttowertschöpfung (BWS) zu Herstellungspreisen herangezogen. Die gesamtwirtschaftliche BWS wird berechnet, indem vom BIP die Gütersteuern abgezogen und die Gütersubventionen zum BIP addiert werden. Denn vom Marktpreis, den die Kunden zahlen, müssen die Hersteller die Gütersteuern unmittelbar an den Staat weiterreichen und erhalten ggf. umgekehrt vom Staat zusätzlich zum Marktpreis Gütersubventionen. Aus Sicht des Herstellers ist daher jede Einheit des von ihm produzierten Gutes zu Herstellungspreisen und nicht zu Marktpreisen zu bewerten. Bei den nachfolgenden Darstellungen werden die Ergebnisse keinem Vorjahresvergleich unterzogen, da sich Strukturen nicht sprunghaft, sondern nur allmählich ändern. Daher wird im Folgenden zu einem aussagekräftigeren Zehnjahresvergleich übergegangen.

Der Strukturwandel wird durch 2 Trends bestimmt. Zum einen durch den Trend zur Dienstleistungswirtschaft, der

2) Als Negativbeispiele seien Irland genannt, das vom Agrarstandort unter Auslassung der „industriellen Revolution“ sich zum Dienstleistungsstandort gewandelt und vor allem in diesem Bereich ausländische Direktinvestitionen angezogen hat, oder Griechenland, dessen wenig wettbewerbsfähige Industrie einem überdimensionierten öffentlichen Sektor gegenübersteht.

auch unter dem Schlagwort Tertiärisierung firmiert, und zum anderen durch den Trend zur Wissenswirtschaft, der dadurch gekennzeichnet ist, dass die Wirtschaftszweige die besten Wachstums- und Beschäftigungsaussichten haben, die besonders intensiv im Innovationswettbewerb stehen und hohe Investitionen in Forschung und Entwicklung tätigen. Diese beiden Trends sollen im Folgenden dargestellt werden.

Deutliche Unterschiede der Wirtschaftszweigstrukturen

In Hessen wurden im Jahr 2009 gut 78 % der BWS im Dienstleistungsbereich erbracht; 2000 waren es noch knapp 73 %. Dies entspricht einer Zunahme von gut 5 Prozentpunkten. In den 3 Regierungsbezirken war jeweils der gleiche Anstieg zu beobachten, jedoch waren die Niveaus unterschiedlich. Während im Regierungsbezirk Darmstadt im Jahr 2009 knapp 81 % der Wirtschaftsleistung auf den tertiären Sektor entfielen, waren es im Regierungsbezirk Kassel knapp 73 % und im Regierungsbezirk Gießen 70 %.

In den hessischen kreisfreien Städten vollzog sich der Wandel in den letzten 10 Jahren zwar langsamer als in den Landkreisen, jedoch war in den Städten im Jahr 2000 das Niveau deutlich höher. Dort nahm der Dienstleistungsanteil um knapp 4 Prozentpunkte auf 84 % zu. Demgegenüber war in den Landkreisen ein Anstieg von gut 6 Prozentpunkten auf 74 % zu verzeichnen. Damit kann festgestellt werden, dass die Tertiärisierung in den kreisfreien Städten früher als in den Landkreisen erfolgt ist. Auf dem erhöhten städtischen Niveau war in den letzten 10 Jahren die Dynamik geringer als in den Kreisen, was bei Letzteren als Aufholprozess der Dienstleistungsbereiche verstanden werden kann. Diese Dynamik bedeutet aber nicht notwendigerweise einen Bedeutungsverlust des Produzierendes Gewerbes, denn es kann nicht dargestellt werden, in welchem Ausmaß Unternehmen des sekundären Sektors Dienstleistungen anziehen und wie stark die Wechselwirkungen zwischen diesen beiden Bereichen sind. Weiterhin werden durch Outsourcing zunehmend kosten- und arbeitsintensive Teilfunktionen ausgelagert, wodurch sich Kostenvorteile ergeben und eine Konzentration auf das Kerngeschäft ermöglicht wird, mit dem Ziel, die Konkurrenzfähigkeit zu sichern und auszubauen. Damit geht auch die Erhaltung eines industriellen Kerns einher. Anders gewendet bedeutet dies: Die Dienstleister sind auf die Unternehmen des Produzierendes Gewerbes angewiesen, denen sie ihre Dienste anbieten können²⁾.

Der größte Zuwachs beim Dienstleistungsanteil unter den Kreisen war im Main-Kinzig-Kreis festzustellen. Hier nahm der Beitrag des tertiären Sektors von 2000 bis 2009 um knapp 12 Prozentpunkte auf knapp 71 % zu. Die geringsten Anstiege waren in der Stadt Kassel zu

Wirtschaftsstruktur in den Verwaltungsbezirken Hessens 2000 und 2009 nach Wirtschaftsbereichen bzw. nach Technologie- bzw. Wissensintensität
(Anteile der BWS in jeweiligen Preisen an der BWS insgesamt — Angaben in %)

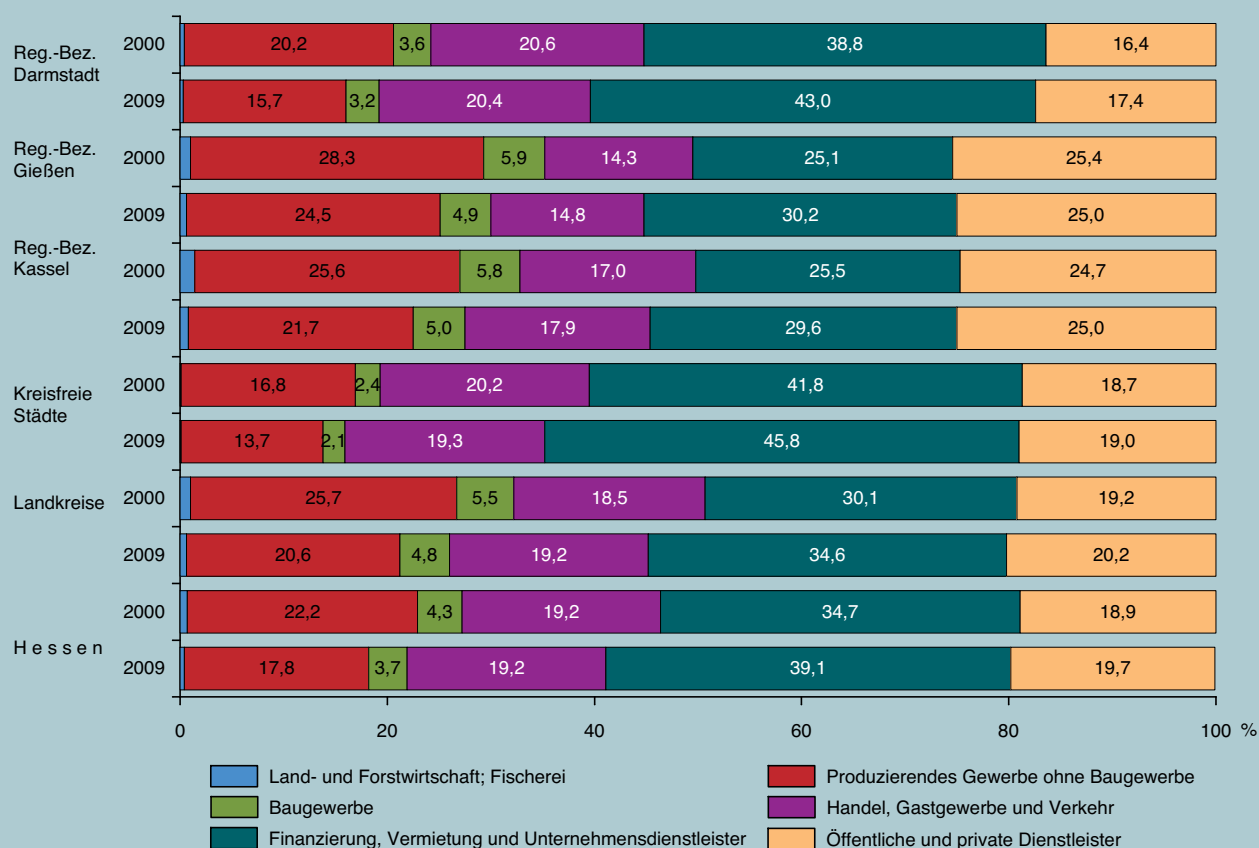
Verwaltungsbezirk	Jahr	Wirtschaftsbereiche							Technologie- bzw. Wissensintensität				
		Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	öffentliche und private Dienstleister	Spitzen-technologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes	hochwertige Technologie nutzende Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes	Spitzentechnologie nutzende Dienstleistungen	weitere wissensintensive Dienstleistungen	übrige Wirtschaftsbereiche	
Darmstadt, St.	2000	0,2	23,2	2,2	13,9	31,2	29,4	2,6	11,4	12,1	41,3	32,6	
	2009	0,1	22,6	1,8	12,7	37,3	25,5	2,2	15,4	12,7	43,7	26,0	
Frankfurt am Main, St.	2000	0,1	15,6	2,1	22,7	46,1	13,6	0,9	9,3	5,3	52,8	31,6	
	2009	0,1	12,1	1,7	22,2	50,0	13,9	0,5	8,0	5,5	55,1	30,9	
Offenbach am Main, St.	2000	0,1	25,7	2,5	21,9	31,4	18,4	0,0	20,3	3,5	39,6	36,6	
	2009	0,1	15,7	3,4	19,1	39,9	21,8	0,3	10,7	3,6	50,3	35,1	
Wiesbaden, St.	2000	0,2	13,3	3,1	14,6	42,8	26,0	1,0	5,2	3,4	51,8	38,5	
	2009	0,2	10,8	2,9	13,8	44,5	27,9	1,6	5,0	4,0	53,0	36,3	
Bergstraße	2000	1,0	25,4	7,1	17,7	29,4	19,4	4,2	6,7	2,7	40,0	46,5	
	2009	0,7	22,8	5,7	18,1	33,3	19,4	4,4	6,3	3,2	43,1	42,9	
Darmstadt- Dieburg	2000	1,1	23,5	7,1	18,9	31,8	17,6	5,7	7,1	4,4	38,6	44,2	
	2009	0,8	20,1	6,3	20,0	34,0	18,9	7,2	6,4	4,6	42,1	39,8	
Groß-Gerau	2000	0,5	32,2	3,2	30,3	23,3	10,5	0,1	24,3	4,0	37,0	34,5	
	2009	0,4	23,0	3,4	29,4	30,4	13,5	0,0	17,5	6,3	37,2	39,0	
Hochtaunus-kreis	2000	0,3	20,7	3,0	13,7	46,5	15,8	1,6	12,9	3,6	53,0	29,0	
	2009	0,2	14,3	2,8	14,4	51,2	17,1	0,8	8,3	4,6	57,4	28,8	
Main-Kinzig-Kreis	2000	0,8	33,7	6,1	18,6	25,2	15,6	1,7	11,5	2,6	32,6	51,5	
	2009	0,7	22,9	5,5	19,0	32,6	19,3	0,8	7,7	2,6	43,0	45,9	
Main-Taunus-Kreis	2000	0,3	14,6	2,8	23,9	47,3	11,2	1,3	7,3	5,0	50,5	35,9	
	2009	0,2	9,2	2,3	27,0	48,3	13,0	0,9	4,9	7,2	51,3	35,6	
Odenwaldkreis	2000	1,3	31,5	7,9	11,4	27,5	20,3	0,3	7,5	1,8	38,4	51,9	
	2009	0,9	24,0	6,3	11,9	34,9	22,1	0,5	5,0	2,1	47,3	45,1	
Offenbach	2000	0,3	20,2	4,5	26,2	37,7	11,1	0,8	10,0	5,0	41,2	43,0	
	2009	0,3	15,2	4,0	26,6	41,0	12,9	0,7	6,6	5,9	44,5	42,4	
Rheingau-Taunus-Kreis	2000	1,3	18,7	6,2	12,8	35,2	25,8	1,2	6,0	5,5	48,0	39,3	
	2009	0,9	18,8	5,4	14,0	37,9	22,9	2,0	7,1	4,8	50,2	36,1	
Wetteraukreis	2000	1,3	19,2	6,5	17,8	34,4	20,9	0,6	9,2	3,4	44,7	42,1	
	2009	0,7	19,4	5,1	16,7	36,5	21,6	0,4	10,8	3,9	47,2	37,6	
Reg.-Bez. Darmstadt	2000	0,4	20,2	3,6	20,6	38,8	16,4	1,3	10,4	4,7	46,5	37,1	
	2009	0,3	15,7	3,2	20,4	43,0	17,4	1,2	8,4	5,3	49,8	35,3	
Gießen	2000	0,6	19,0	4,9	19,3	27,0	29,1	1,6	6,7	4,2	45,8	41,8	
	2009	0,4	15,3	4,0	18,6	33,6	28,0	1,6	4,4	3,8	49,8	40,4	
Lahn-Dill-Kreis	2000	0,5	40,9	5,8	12,9	22,2	17,7	5,8	15,4	2,6	31,4	44,8	
	2009	0,3	32,9	4,5	13,6	28,5	20,1	5,7	10,1	2,7	39,4	42,0	
Limburg-Weilburg	2000	1,2	18,2	9,1	15,4	32,0	24,1	1,0	6,4	2,6	45,6	44,4	
	2009	0,7	15,0	7,6	16,2	35,1	25,5	1,7	4,8	3,5	48,6	41,4	
Marburg-Biedenkopf	2000	1,1	32,5	4,6	10,2	22,0	29,6	0,9	11,5	4,0	39,7	43,9	
	2009	0,5	32,7	3,8	11,1	25,8	26,1	0,3	16,5	4,5	40,9	37,9	
Vogelsbergkreis	2000	3,4	23,1	8,0	13,3	25,5	26,6	1,0	5,6	2,5	39,5	51,4	
	2009	1,9	18,0	7,5	15,5	29,5	27,6	0,7	4,1	3,2	45,2	46,8	
Reg.-Bez. Gießen	2000	1,0	28,3	5,9	14,3	25,1	25,4	2,4	10,0	3,4	40,0	44,2	
	2009	0,6	24,5	4,9	14,8	30,2	25,0	2,3	9,0	3,6	44,3	40,8	

Noch: Wirtschaftsstruktur in den Verwaltungsbezirken Hessens 2000 und 2009 nach Wirtschaftsbereichen bzw. nach Technologie- bzw. Wissensintensität
(Anteile der BWS in jeweiligen Preisen an der BWS insgesamt — Angaben in %)

Verwaltungsbezirk	Jahr	Wirtschaftsbereiche							Technologie- bzw. Wissensintensität				
		Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	öffentliche und private Dienstleister	Spitzen-technologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes	hochwertige Technologie nutzende Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes	Spitzentechnologie nutzende Dienstleistungen	weitere wissensintensive Dienstleistungen	übrige Wirtschaftsbereiche	
Kassel, St.	2000	0,2	18,8	3,5	18,1	29,4	30,0	0,5	9,9	4,1	45,1	40,4	
	2009	0,2	18,6	2,8	16,4	32,3	29,6	0,6	9,3	3,6	47,9	38,6	
Fulda	2000	1,3	25,1	7,6	19,2	26,7	20,1	1,2	5,3	4,4	36,7	52,4	
	2009	0,7	22,2	6,5	19,7	30,1	20,9	1,8	6,9	3,9	41,0	46,4	
Hersfeld-Rotenburg	2000	1,5	24,1	6,9	20,5	26,3	20,8	3,0	12,2	5,1	37,5	42,2	
	2009	0,9	24,0	5,9	21,6	27,9	19,7	5,2	13,2	5,3	39,0	37,3	
Kassel	2000	1,4	33,5	5,1	16,5	24,5	19,0	0,5	9,9	4,1	45,1	40,4	
	2009	0,8	24,7	4,7	18,7	31,1	20,0	0,4	18,7	3,5	43,0	34,4	
Schwalm-Eder-Kreis	2000	2,5	23,7	6,1	16,7	23,6	27,4	7,4	2,3	1,4	36,8	52,0	
	2009	1,3	20,5	4,7	18,9	26,0	28,6	10,0	2,6	2,0	40,0	45,4	
Waldeck-Frankenberg	2000	2,3	32,1	6,2	12,4	19,7	27,2	0,8	3,2	1,0	37,4	57,6	
	2009	1,3	24,9	5,5	14,8	26,4	27,0	0,6	3,9	1,5	44,9	49,3	
Werra-Meißner-Kreis	2000	2,1	24,1	7,2	13,4	25,2	28,0	0,4	5,7	1,1	40,7	52,2	
	2009	1,4	17,6	6,7	14,5	30,5	29,3	0,4	4,4	1,6	49,1	44,6	
Reg.-Bez. Kassel	2000	1,4	25,6	5,8	17,0	25,5	24,7	1,7	10,0	3,0	39,1	46,2	
	2009	0,8	21,7	5,0	17,9	29,6	25,0	2,4	8,8	3,2	43,6	42,0	
Hessen	2000	0,7	22,2	4,3	19,2	34,7	18,9	1,5	10,3	4,3	44,4	39,5	
	2009	0,4	17,8	3,7	19,2	39,1	19,7	1,5	8,5	4,8	48,1	37,1	
davon													
kreisfreie Städte	2000	0,1	16,8	2,4	20,2	41,8	18,7	1,0	9,6	5,4	50,1	33,9	
	2009	0,1	13,7	2,1	19,3	45,8	19,0	0,8	8,5	5,6	52,8	32,2	
Landkreise	2000	1,0	25,7	5,5	18,5	30,1	19,2	1,9	10,7	3,5	40,6	43,3	
	2009	0,6	20,6	4,8	19,2	34,6	20,2	2,0	8,6	4,2	44,8	40,4	

Quelle: Eigene Berechnungen anhand der Nomenklatur aus: Felix, Bernard, „Spitzentechnologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes und wissensbasierte Dienstleistungen“, Statistik kurz gefasst, 13/2006, Eurostat, Luxemburg, 2006, S. 7.

Wirtschaftsstruktur in den Verwaltungsbezirken Hessens 2000 und 2009
(Anteile der BWS der Wirtschaftsbereiche an der BWS insgesamt¹⁾)



1) Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurde auf die Angabe von Anteilwerten des Wirtschaftsbereichs „Land- und Forstwirtschaft; Fischerei“ verzichtet. Berechnungen nach ESVG 1995. Berechnungsstand: August 2010/Juli 2011.

HSL 66/11

verzeichnen, wo der Landeswert von gut 78 % im Jahr 2009 nur leicht übertroffen wurde.

Der Wirtschaftsbereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ ist der gewichtigste in Hessen. Im Jahr 2009 wurden hier gut 39 % der Wirtschaftsleistung erbracht, gut 4 Prozentpunkte mehr als im Zehnjahresvergleich. Der größte Anstieg war mit knapp 9 Prozentpunkten in der Stadt Offenbach am Main festzustellen; der Landeswert wurde damit jedoch nur geringfügig übertroffen. In Frankfurt am Main wurde die Hälfte der Wirtschaftsleistung im genannten Wirtschaftsbereich erbracht; ein um 1 Prozentpunkt noch höheren Anteilwert wies der Hochtaunuskreis auf.

Unter den hessischen Kreisen verzeichnete der Lahn-Dill-Kreis den höchsten Anteil des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe. Wurden im Jahr 2000 hier noch knapp 41 % erwirtschaftet, war es im Jahr 2009 knapp ein Drittel. Ihren Industrieanteil halten bzw. noch leicht ausbauen konnten der Landkreis Marburg-Biedenkopf mit einem Anteil von einem Drittel, sowie der Rheingau-Taunus-Kreis und der Wetteraukreis mit jeweils rund einem Fünftel.

Technologie- und wissensintensive Wirtschaftsbereiche

Nach der traditionellen Darstellung der Wirtschaftsstruktur der Verwaltungsbezirke anhand der Wirtschaftszweigklassifikation (NACE Rev. 1.1) wird im Folgenden eine alternative Beschreibung der ökonomischen Strukturen vorgestellt. Statt der Zusammenfassung nach ähnlichen Wirtschaftsbereichen bzw. Tätigkeiten erfolgt eine Beschreibung der wirtschaftlichen Verhältnisse anhand des Ausmaßes der Technologieintensität bzw. der Wissensbasierung.

Technologieintensive Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes werden als solche klassifiziert, wenn der Anteil der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) am Umsatz – der sogenannten FuE-Intensität – über 2,5 % liegt. Wird ein Anteilwert von 7 % überschritten, dann wird der Begriff „Spitzentechnologie-Sektoren“ verwendet. Das überwiegend naturwissenschaftlich-technologische Messkonzept ist sehr stark auf das Verarbeitende Gewerbe zugeschnitten. Die Aufwendungen in FuE finden im Dienstleistungsbereich keine Entsprechung. Im tertiären Sektor ist die Wissensintensität Ausdruck der Integration mit einer generischen oder dienstleistungsspezifischen Wissenschafts- oder

Technologiebasis. Bei ihr handelt es sich um eine Kombination aus in neuen Geräten gebundenem Wissen, hochqualifiziertem Personal und FuE-Intensität. Damit stellt der Anteil erstklassig qualifizierter Beschäftigter (Akademiker) sowie von über FuE hinaus noch mit Planung, Konstruktion, Design usw. befassten Personen eine relativ gute Annäherung an das Innovationspotenzial im Dienstleistungssektor und die Innovationsfähigkeit seiner Unternehmen dar. Diese Indikatoren entsprechen dem FuE-Personal in den Industriebetrieben: Der Einsatz von hoch qualifiziertem Personal bildet damit den gemeinsamen Nenner von technologieintensiven Industrien und wissensintensiven Dienstleistungen.

Die gemeinsame Abgrenzung wissensintensiver Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs erfolgt in einer Zusammenschau der folgenden Indikatoren:

- Der Anteil der Akademiker mit natur- und ingenieurwissenschaftlicher Ausrichtung ist ein Indiz für den Einsatz von Schlüsselqualifikationen für den technischen Forschungs- und Entwicklungsprozess („Wissenschaftlerintensität“).
- Der Anteil des Personals, das in den Bereichen „Forschung, Entwicklung und Konstruktion“ (FEK) eingesetzt wird, schließt vor allem die Lücken in der Erfassung der Innovationsaktivitäten im Dienstleistungssektor („FEK-Intensität“).
- Der Anteil der Beschäftigten mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss („Akademikerquote“) ermöglicht es, auch die Umsetzungsmöglichkeiten von technischen Innovationen im Dienstleistungsbereich zu erfassen. Technologie anwendende Unternehmen verfügen oftmals weniger über natur- und ingenieurwissenschaftliche Kernkompetenzen, sondern vielmehr über besondere Fähigkeiten in kaufmännischen, medizinischen oder sozialwissenschaftlichen Bereichen³⁾.

Die auf der Grundlage dieser Merkmale identifizierte Nomenklatur ist in der Übersicht auf Seite 278 dargestellt.

Die von Eurostat vorgenommene Klassifikation beschränkt sich nur auf den Dienstleistungsbereich und

3) Krawczyk, Olaf, et al., „Deutschlands forschungsintensive Industrien und wissensbasierte Dienstleistungen: Außenhandel, Produktion und Beschäftigung“, NIW, DIW (Herausgeber), „Studien zum deutschen Innovationssystem“, Nr. 17-2004, Hannover, Berlin, S. 4. ff.; Felix, Bernard, „Spitzentechnologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes und wissensbasierte Dienstleistungen“, Statistik kurz gefasst, 13/2006, Eurostat, Luxemburg, 2006, S. 7. Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse basieren auf der bei Eurostat erarbeiteten Nomenklatur.

4) Statistischer Bericht, Strukturerhebung der Unternehmen im Dienstleistungsbereich in Hessen 2008, Kennziffer: J I 1 - j/08, Oktober 2010. Ergebnisse des Jahres 2009 können aus der genannten Erhebung nicht herangezogen werden, da diese bereits in der neuen Wirtschaftszweigklassifikation 2008 vorliegen und daher mit den VGR-Ergebnissen, die noch nach der Wirtschaftszweigklassifikation 2003 berechnet und veröffentlicht werden, nicht vergleichbar sind.

das Verarbeitende Gewerbe. Insbesondere wird der Wirtschaftsbereich „Energie- und Wasserversorgung“ als Bestandteil des Produzierenden Gewerbes in dieser Betrachtung ausgeklammert, obwohl davon auszugehen ist, dass insbesondere im erstgenannten Teilbereich hochwertige Technologien zum Einsatz kommen.

Ein anderer Schwachpunkt dieser Nomenklatur liegt in der Gliederungstiefe begründet. Auf dieser Aggregatensebene, d. h. der Ebene der Wirtschaftsabteilungen, können nur Strukturmuster aufgezeigt werden, differenzierte Darstellungen der Technologie- und Wissensbasierung sind nicht möglich. Da in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowohl bei der Erstellung der Landes- als auch der Kreisergebnisse auf Ebene der Wirtschaftsabteilungen gerechnet wird, ist diese Nomenklatur die einzige Möglichkeit, derartige Strukturen mit VGR-Daten abzubilden.

Vor der Darstellung der Ergebnisse werden im Folgenden einige Schwachstellen der genannten Nomenklatur skizziert. In der Abteilung 74 „Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt“ werden alle nicht bereits klassifizierten Dienstleistungen zusammengefasst. Die Bandbreite reicht von Rechtsberatung, Wirtschaftsprüfung, Steuer- und Unternehmensberatung, Architekten- und Ingenieurbüros, Werbung, Call Center, Wach- und Sicherheitsdiensten, Gebäudereinigung bis hin zu weiteren Dienstleistungen, die an anderen Stellen der Klassifikation nicht aufgeführt wurden. Letztgenannte Teilbereiche erfüllen einerseits eher nicht den Tatbestand einer substantiellen Wissensbasierung, andererseits stellen sie nicht den Schwerpunkt des Wirtschaftsbereichs dar. Auf die letztgenannten 3 Bereiche entfielen im Jahr 2007 29 % der tätigen Personen in der Abteilung 74⁴⁾.

Auch der Abschnitt 92 „Kultur, Sport und Unterhaltung“ weist Teilbereiche auf, die nicht als besonders wissensintensiv anzusehen sind. Während die Film- und Videoherstellung, Rundfunk- und Fernsehanstalten, Korrespondenz- und Nachrichtenbüros, aber auch Bibliotheken, Archive und Museen eindeutig mehrheitlich als wissensbasiert anzusehen sind, trifft dies für den Betrieb von Sport-, Grün- und Gartenanlagen, Sportverbände bzw. -vereine, sowie das Wett- und Lotteriewesen, aber auch Spielbanken nicht schwerpunktmäßig zu. Die Ergebnisse sind durch die genannten Einschränkungen leicht verzerrt, gleichwohl liefern sie alternative Informationen über ökonomische Strukturen aus dem Blickwinkel der Technologie- und Wissensbasierung.

Technologie- und wissensintensive Wirtschaftszweige in den hessischen Verwaltungsbezirken

Im Jahr 2009 wurden in Hessen knapp 63 % der Wirtschaftsleistung in technologie- und wissensintensi-

Klassifikation der technologieintensiven Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes und der wissensintensiven Dienstleistungen

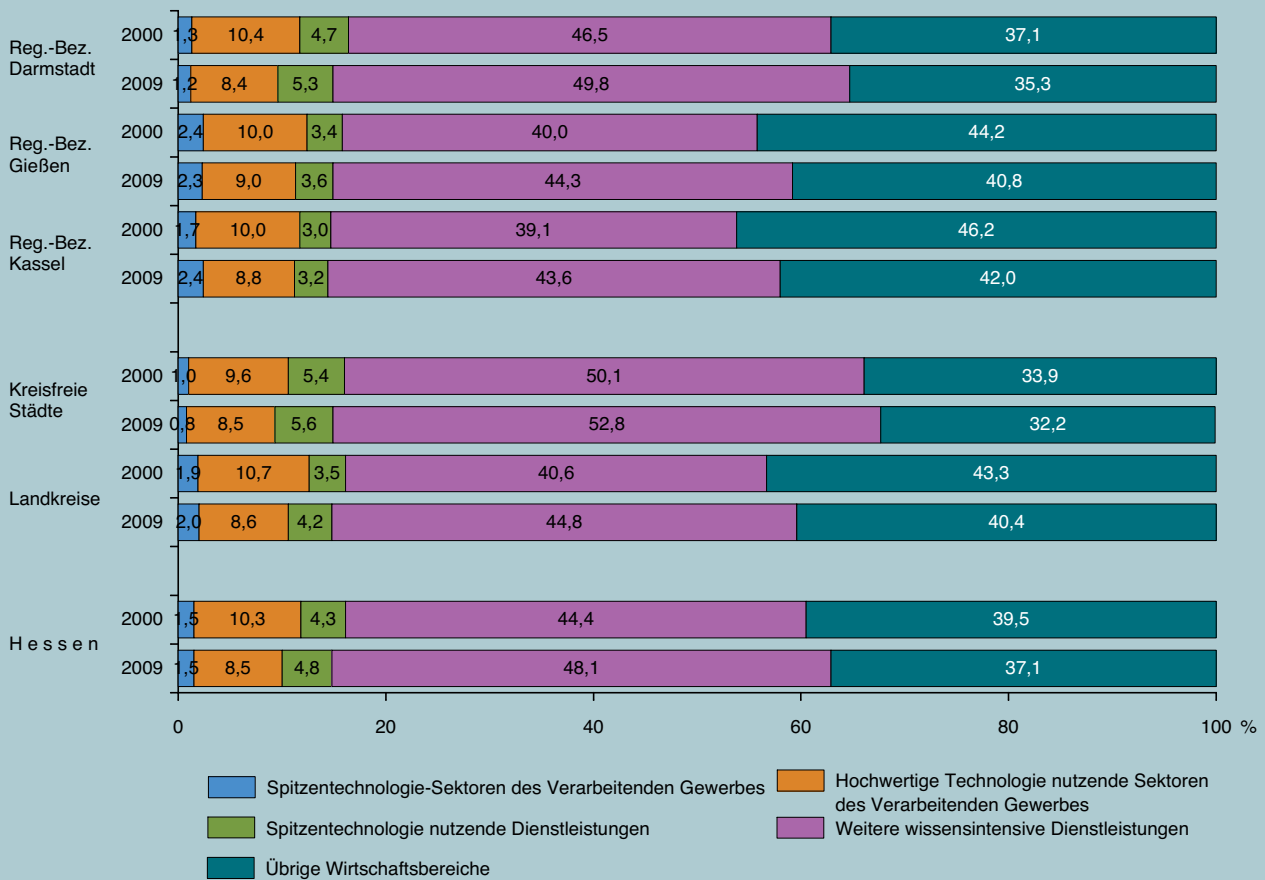
Abteilung der Wirtschaftszweignklassifikation 2003	Bezeichnung
Spitzentechnologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes	
30	Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen
32	Rundfunk- und Nachrichtentechnik
33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik, Herstellung von Uhren
Hochwertige Technologie nutzende Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes	
24	Chemische Industrie
29	Maschinenbau
31	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.
34	Fahrzeugbau
35	Sonstiger Fahrzeugbau
Spitzentechnologie nutzende wissensintensive Dienstleistungen	
64	Nachrichtenübermittlung
72	Datenverarbeitung und Datenbanken
73	Forschung und Entwicklung
Weitere wissensintensive Dienstleistungen	
61	Schifffahrt
62	Luftfahrt
65	Kreditgewerbe
66	Versicherungsgewerbe
67	Mit dem Kreditgewerbe verbundene Tätigkeiten
70	Grundstücks- und Wohnungswesen
71	Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal
74	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g.
80	Erziehung und Unterricht
85	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen
92	Kultur, Sport und Unterhaltung

Quelle: Felix, Bernard, „Spitzentechnologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes und wissensbasierte Dienstleistungen“, Statistik kurz gefasst, 13/2006, Eurostat, Luxemburg, 2006, S. 7.

ven Wirtschaftsbereichen erbracht. Gegenüber dem Jahr 2000 kann eine Zunahme dieses Anteilwertes von 2,4 Prozentpunkten festgestellt werden. Der Schwerpunkt lag auf den wissensintensiven Dienstleistungen, auf die knapp die Hälfte der BWS entfielen, und die gegenüber dem Jahr 2000 ihren Anteil um 3,7 Prozentpunkte steigern konnten. Die Spitzentechnologie nutzenden Dienstleistungen erhöhten im Zehnjahresvergleich ihren Anteil um 0,5 Prozentpunkte auf 4,8 % nur geringfügig. Auf die beiden technologieintensiven Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes entfielen im Jahr 2009 10,1 %, 1,7 Prozentpunkte weniger als im Jahr 2000. Während bei den Spitzentechnologie nutzenden Sektoren eine Stagnation des Anteilwertes bei 1,5 % festzustellen war, nahm der Anteil der Wertschöpfung der hochwertigen Technologie nutzenden Sektoren an der gesamten Wertschöpfung um 1,7 Prozentpunkte auf 8,5 % ab.

Die Trends der 4 technologie- bzw. wissensintensiven Bereiche in Hessen können im Allgemeinen auch für die einzelnen Verwaltungsbezirke festgestellt werden. Auffallend ist, dass der Regierungsbezirk Kassel – entgegen der Landesentwicklung – seinen Anteil bei den Spitzentechnologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes ausbauen konnte, was auf den Wirtschaftsbereich „Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik, Herstellung von Uhren“ zurückzuführen ist. Daneben gab es zum Teil weitere beträchtliche strukturelle Unterschiede. So übertraf der Anteil der wissensintensiven Dienstleistungen der kreisfreien Städte den Landeswert, was ebenso für den Regierungsbezirk Darmstadt gilt, in dem die meisten hessischen kreisfreien Städte liegen. Dies führte auch dazu, dass die Landkreise – aber auch die weniger verstädterten Regierungsbezirke Gießen und Kassel – höhere Anteile an übrigen Wirtschaftsbereichen auf-

Wirtschaftsstruktur in den Verwaltungsbezirken Hessens 2000 und 2009
(Anteil der BWS technologieintensiver Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes bzw. wissensintensiver Dienstleistungsbereiche an der BWS insgesamt)



HSL 67/11

Berechnungsstand: August 2010/Juli 2011.

wiesen, die weniger technologie- bzw. wissensintensiv geprägt sind. Während die Landkreise bei den beiden Bereichen der wissensintensiven Dienstleistungen unter dem Landesmittelwert lagen, wiesen sie bei den beiden technologieintensiven Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes höhere Anteile als im Landesdurchschnitt auf.

Den höchsten Wertschöpfungsanteil von Spitzentechnologie-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes wies der Schwalm-Eder-Kreis mit 10 %, gefolgt vom Landkreis Darmstadt-Dieburg mit 7,2 %, auf. In beiden Kreisen spielte der Wirtschaftsbereich „Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik und Herstellung von Uhren“ eine bedeutende Rolle. Während sich in den meisten Landkreisen dieser Anteilwert auf einem vergleichsweise geringem Niveau bewegte und im Zehnjahresvergleich abnahm, konnte in den beiden genannten Landkreisen der Anteilwert signifikant gesteigert werden.

Der Landkreis Kassel verzeichnete bei den hochwertigen Technologie nutzenden Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2009 mit 18,7 % den höchsten Wert in Hessen. Im Jahr 2000 lag der Anteil noch um 8,9 Pro-

zentpunkte niedriger. Der Anstieg war insbesondere auf den Wirtschaftsbereich „Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.“ zurückzuführen. Mit 17,5 % wies der Landkreis Groß-Gerau hier den zweithöchsten Anteilwert auf. Im Jahr 2000 lag der Anteil hier jedoch um 6,8 Prozentpunkte höher. Der Rückgang war insbesondere auf den Wirtschaftsbereich „Fahrzeugbau“ zurückzuführen. Der größte Anteilrückgang in diesem Bereich war mit 9,6 Prozentpunkten in der Stadt Offenbach am Main festzustellen, was durch den Bereich „Maschinenbau“ hervorgerufen wurde. Während in diesem Sektor in den meisten Landkreisen Rückgänge bei den Anteilwerten zu konstatieren waren, war fast eine Verdoppelung des Anteils im Landkreis Kassel zu beobachten, was auf das Konto des Maschinenbaus und des sonstigen Fahrzeugbaus – der die Herstellung von Fahrzeugen umfasst, die nicht in den Automobilbereich fallen – ging.

Den mit Abstand höchsten Wertschöpfungsanteil von Spitzentechnologie nutzenden wissensintensiven Dienstleistungen an der gesamten Wertschöpfung wies im Jahr 2009 mit 12,7 % die Stadt Darmstadt auf. Dahin-

ter folgte mit einem Anteil von 7,2 % der Main-Taunus-Kreis. Hier wie in der Stadt Darmstadt ist dies auf den Wirtschaftsbereich „Datenverarbeitung und Datenbanken“ zurückzuführen.

Bei den weiteren wissensintensiven Dienstleistungen wies der Hochtaunuskreis bereits im Jahr 2000 den höchsten Anteilwert auf, der bis ins Jahr 2009 auf 57 % gesteigert werden konnte. Verantwortlich dafür zeichneten die Wirtschaftsbereiche „Grundstücks- und Wohnungswesen“ sowie die Erbringung von Dienstleistungen, die, wie oben beschrieben, in anderen Bereichen nicht klassifiziert wurden. Auf diese beiden Bereiche gründete auch das hohe Niveau von Frankfurt am Main. Das größte Anteilsplus bei den weiteren wissensintensiven Dienstleistungen wies mit 10,6 % die Stadt Offenbach am Main auf. Allerdings wurde diese Zunahme von einem fast gleich hohen Anteilsminus bei den hochwertigen Technologie nutzenden Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes begleitet.

Mit Blick auf die Wirtschaftsstrukturen und die Entwicklung der Wirtschaftsleistung kann festgestellt werden, dass in den Regionen, in denen das Verarbeitende Gewerbe stark besetzt ist, die größten Rückgänge der Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 zu verzeichnen waren. Dies trifft insbesondere auf den Lahn-Dill-Kreis zu; der Rückgang dieses Wirtschaftsbereichs schlug mit 22,9 % zu Buche. Im Landesdurchschnitt betrug die Abnahme 15,0 %, bei einem Wertschöpfungsanteil von 15,7 %. Hinsichtlich der kreisfreien Städte kann konstatiert werden, dass der höhere Dienstleistungsanteil und hier insbesondere der höhere Anteil wissensintensiver Dienstleistungen für geringere Rückgänge des nominalen BIP im Krisenjahr 2009 sorgte.

Lohnkosten: große Unterschiede zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen

Die in einer Region erbrachte Wirtschaftsleistung kann entstehungsseitig in den Wirtschaftsbereichen erfasst werden. Bei der Produktion von Waren und der Erbringung von Dienstleistungen wird der Produktionsfaktor Arbeit benötigt. Die Entlohnung der Arbeit erfolgt mit dem Arbeitnehmerentgelt. Hauptbestandteil sind die Bruttolöhne und -gehälter. Diese umfassen auch vom Arbeitnehmer gezahlte Sozialbeiträge und Einkommensteuer, die vom Arbeitgeber einbehalten und direkt an die Finanzbehörden bzw. Sozialsysteme abgeführt werden. Das Arbeitnehmerentgelt schließt neben den Bruttolöhnen und -gehältern auch die Sozialbeiträge der Arbeitgeber ein. Somit ist das Arbeitnehmerentgelt zum einen eine Einkommensgröße, zum anderen aber auch eine Kostengröße, die den Aufwand für den Produktionsfaktor Arbeit abbildet. Bezieht man das Arbeitnehmerentgelt auf die Zahl der Arbeitnehmer, spricht man von den Lohnkosten.

Im Jahr 2009 gab es bei den Lohnkosten große Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen in Hessen. Das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer lag in den kreisfreien Städten bei 42 400 Euro, während es in den Landkreisen durchschnittlich 35 730 Euro betrug. In allen sieben nachgewiesenen Wirtschaftsbereichen lagen die Werte der kreisfreien Städte über denen der Landkreise. Die größten Unterschiede waren beim Verarbeitenden Gewerbe festzustellen.

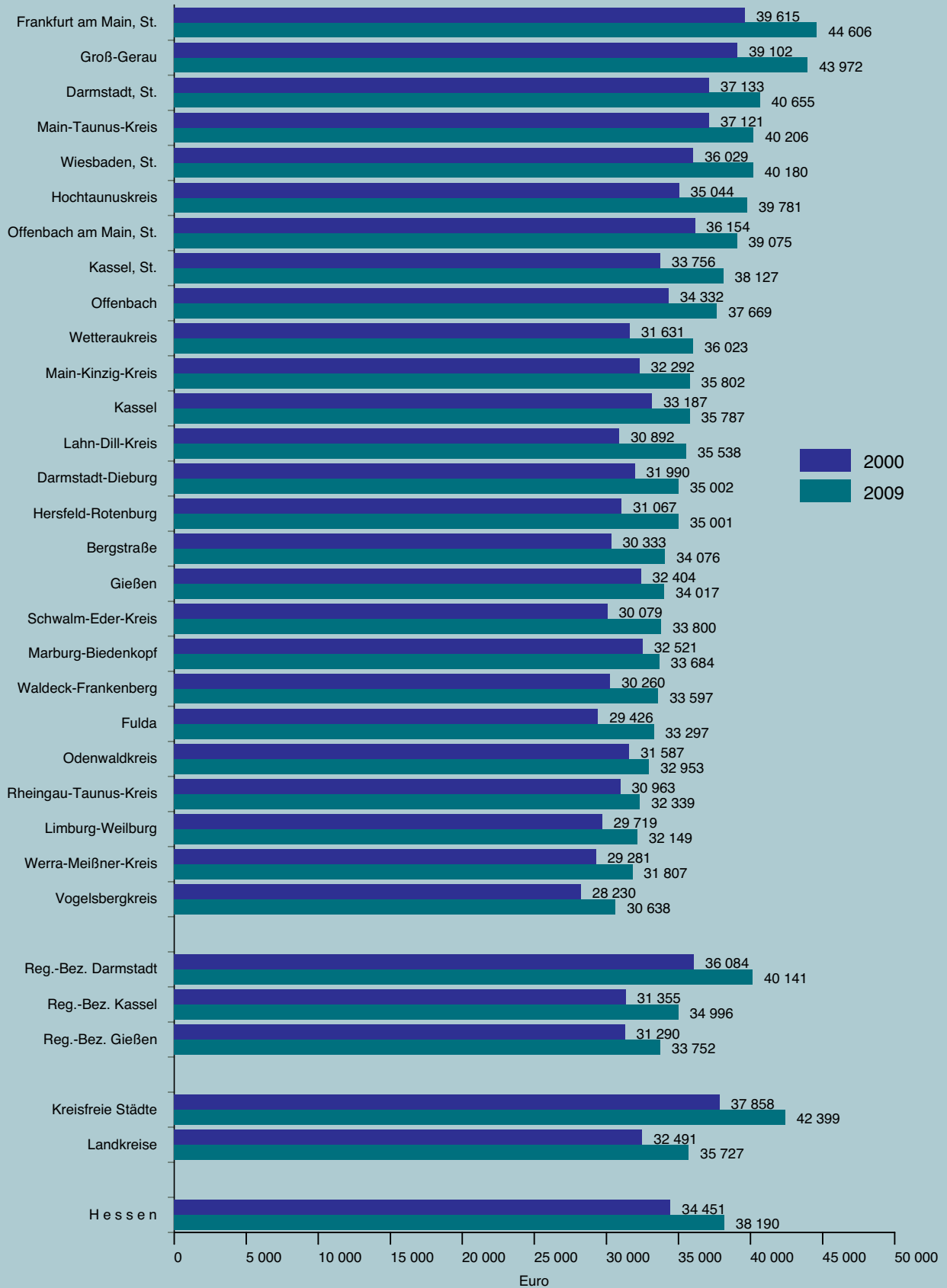
In Frankfurt am Main wurde 2009 mit 44 610 Euro das höchste Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Hessen geleistet. Die größte hessische Stadt lag damit 17 % über dem Landesdurchschnitt (38 190 Euro). Der Vogelsbergkreis hatte mit 30 640 Euro den geringsten Pro-Kopf-Wert; dies entspricht 80 % des Landesdurchschnitts. Maßgeblich für diese Differenz ist das Verarbeitende Gewerbe. Hier erreichte der Vogelsbergkreis nur 52 % des Wertes von Frankfurt am Main.

Der Großteil der gesamten hessischen Arbeitnehmerentgelte (106,3 Mrd. Euro) entfiel mit 69 % auf den Regierungsbezirk Darmstadt, wo die großen kreisfreien Städte mit ihren zentralörtlichen Funktionen und Unternehmenszentralen angesiedelt sind. Fast ein Viertel der Arbeitnehmerentgelte in Hessen wurde allein in Frankfurt am Main geleistet.

Im Vergleich zum Jahr 2000 zeigt sich, dass die Lohnkosten in den kreisfreien Städten mit 12 % stärker als im Landesdurchschnitt (+ 10,9 %) zugenommen haben. Während in Frankfurt am Main die Lohnkosten um 12,6 % im Zehnjahresvergleich anstiegen, waren es in der Stadt Offenbach dagegen nur 8,1 %. Damit lag die Wachstumsspanne in den kreisfreien Städten bei 4,5 Prozentpunkten. Für die Entwicklung in Offenbach am Main kann das Produzierende Gewerbe verantwortlich gemacht werden, das ein Minus von 5,1 % aufwies. Dagegen nahmen landesweit die Lohnkosten in diesem Wirtschaftsbereich um 12,2 % zu.

In den Landkreisen war jedoch eine deutlich größere Streuung der Zuwächse festzustellen. Hier betrug die Spannweite der Veränderungsdaten 11,5 Prozentpunkte. Spitzenreiter war der Lahn-Dill-Kreis mit einem Anstieg von 15,0 %. Ausschlaggebend dafür war das starke Wachstum im Produzierenden Gewerbe (+ 15,3 %). Am unteren Ende der Skala der Kreise lag der Landkreis Marburg-Biedenkopf mit einem Lohnkostenanstieg von 3,6 %. Während hier das Produzierende Gewerbe mit einem Anstieg von 11,4 % im Landesvergleich ganz gut lag, waren in anderen Wirtschaftsbereichen größere Wachstumsdifferenzen festzustellen. Im Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ nahmen im Landkreis Marburg-Biedenkopf die Lohnkosten um 5,6 % zu, während im Land der Anstieg mit 11,6 % mehr als doppelt so hoch ausfiel. Gegenläufige Entwicklungen zeigten sich im Wirtschaftsbereich „Öffentliche und private Dienst-

Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in den hessischen Verwaltungsbezirken 2000 und 2009 in Rangfolge 2009



leister“. Hier war im Landesmittel ein Plus von 6,4 % zu verzeichnen, während der Landkreis Marburg-Biedenkopf einen Rückgang von 6,7 % hinnehmen musste.

Dekomposition der Unterschiede beim Arbeitnehmerentgelt je Einwohner

Beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer zeigten sich zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen starke Unterschiede. Diese können im Wesentlichen auf 2 Effekte zurückgeführt werden:

- Zum einen können die Abweichungen auf unterschiedliche Anteile der Arbeitnehmer in den einzel-

nen Wirtschaftsbereichen an allen Arbeitnehmern verantwortlich gemacht werden (Struktureffekt).

- Zum anderen können unterschiedliche Bezahlungen innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche der Grund für die Differenzen zwischen den Verwaltungsbezirken sein (Einkommenseffekt).

Das Ausmaß dieser beiden Komponenten kann mit einem Dekompositionsverfahren berechnet werden (Berechnungsformel siehe Kasten auf Seite 284).

Die Ergebnisse zeigen, dass im Jahr 2009 Unterschiede beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in der

Dekomposition der Differenz des Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmer im jeweiligen Verwaltungsbezirk zum

Verwaltungsbezirk	Abweichung: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im jeweiligen Verwaltungsbezirk abzgl. Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Hessen	Struktureffekt						
		Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	öffentliche und private Dienstleister	zusammen
Darmstadt, St.	2 465	- 78	472	- 859	- 1 950	- 308	2 529	- 194
Frankfurt am Main, St.	6 416	- 133	- 6 471	- 662	1 124	9 502	- 1 725	1 635
Offenbach am Main, St.	885	- 120	45	- 33	- 1 712	2 200	986	1 367
Wiesbaden, St.	1 990	- 55	- 4 662	- 145	- 1 372	3 028	3 220	14
Bergstraße	- 4 114	153	1 280	552	1 010	- 3 915	- 472	- 1 393
Darmstadt-Dieburg	- 3 188	209	2 546	825	717	- 3 274	- 1 625	- 603
Groß-Gerau	5 782	11	4 659	- 45	2 870	- 2 301	- 2 884	2 310
Hochtaunuskreis	1 591	- 25	- 1 590	- 270	- 1 233	3 152	- 820	- 786
Main-Kinzig-Kreis	- 2 388	73	3 012	526	- 378	- 2 902	- 680	- 350
Main-Taunus-Kreis	2 016	- 16	- 3 973	- 454	2 959	3 523	- 1 805	234
Odenwaldkreis	- 5 237	67	4 867	451	- 1 520	- 3 542	- 492	- 169
Offenbach	- 521	- 5	315	164	2 986	- 844	- 3 070	- 454
Rheingau-Taunus-Kreis	- 5 851	328	255	272	- 652	- 2 526	703	- 1 620
Wetteraukreis	- 2 167	62	1 139	321	- 386	- 2 222	289	- 796
Reg.-Bez. Darmstadt	1 951	- 15	- 1 473	- 118	305	2 431	- 746	384
Gießen	- 4 173	- 18	284	- 150	124	- 3 622	2 881	- 500
Lahn-Dill-Kreis	- 2 652	- 8	6 489	90	- 1 045	- 4 126	- 895	506
Limburg-Weilburg	- 6 041	25	- 269	850	687	- 3 584	988	- 1 303
Marburg-Biedenkopf	- 4 506	- 20	3 019	- 90	- 2 021	- 4 570	2 936	- 746
Vogelsbergkreis	- 7 552	222	2 603	874	- 770	- 5 505	1 069	- 1 508
Reg.-Bez. Gießen	- 4 438	11	2 506	156	- 760	- 4 154	1 589	- 651
Kassel, St.	- 63	- 79	- 2 167	- 375	- 17	- 2 115	3 743	- 1 010
Fulda	- 4 893	- 4	1 567	827	410	- 3 617	- 409	- 1 227
Hersfeld-Rotenburg	- 3 189	49	2 305	890	1 176	- 5 216	- 188	- 983
Kassel	- 2 403	108	6 694	- 37	- 412	- 4 132	- 1 337	884
Schwalm-Eder-Kreis	- 4 390	97	2 013	61	- 137	- 5 755	3 095	- 626
Waldeck-Frankenberg	- 4 593	83	4 263	287	- 1 334	- 6 234	1 704	- 1 230
Werra-Meißner-Kreis	- 6 383	355	775	727	- 906	- 5 374	2 772	- 1 652
Reg.-Bez. Kassel	- 3 194	48	2 013	244	- 156	- 4 308	1 305	- 854
Kreisfreie Städte	4 209	- 109	- 4 304	- 510	- 25	5 542	335	928
Landkreise	- 2 463	61	1 958	254	76	- 2 955	- 146	- 751

Quelle: Eigene Berechnungen.

Summe der Wirtschaftszweige zwischen den hessischen Verwaltungsbezirken und dem Landesdurchschnitt weniger auf Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur zurückgeführt werden können, da der Struktureffekt insgesamt in den meisten Fällen betragsmäßig kleiner ist als der Einkommenseffekt insgesamt. Betrachtet man allerdings die Effekte der einzelnen Wirtschaftsbereiche, so fällt auf, dass die Struktureffekte die Einkommenseffekte betragsmäßig dominieren. Dies scheint zunächst ein Widerspruch zu sein. Die Struktureffekte einzelner Wirtschaftsbereiche weisen jedoch unterschiedliche Vorzeichen auf, sodass sich die Effekte zum Teil kompensieren.

Per saldo ist somit der Struktureffekt betragsmäßig kleiner als der Einkommenseffekt.

In den kreisfreien Städten lag im Jahr 2009 das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer um 4209 Euro höher als im Landesdurchschnitt. Mit dem Einkommenseffekt, d. h. der unterschiedlichen Entlohnung in denselben Wirtschaftsbereichen, können 3281 Euro bzw. rund vier Fünftel der Differenz erklärt werden. Der größte Teil des Einkommenseffekts entfiel auf das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe. Auf den Struktureffekt entfielen insgesamt 928 Euro bzw. 22 %. Somit leistet die Abweichung der Wirtschaftszweigstruktur der kreisfreien Städ-

Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Hessen 2009 (Angaben in Euro)

Einkommenseffekt							zusammen	Verwaltungsbezirk
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	öffentliche und private Dienstleister			
- 4	1 756	247	- 13	757	- 84	2 659	Darmstadt, St.	
5	2 759	285	695	616	423	4 781	Frankfurt am Main, St.	
1	- 132	- 65	- 293	60	- 52	- 481	Offenbach am Main, St.	
11	1 561	31	68	- 6	312	1 976	Wiesbaden, St.	
- 32	- 650	- 73	- 885	- 807	- 273	- 2 720	Bergstraße	
- 25	- 282	- 9	- 710	- 1 395	- 164	- 2 585	Darmstadt-Dieburg	
- 20	2 476	- 64	814	246	20	3 472	Groß-Gerau	
11	2 054	- 10	348	- 84	59	2 378	Hochtaunuskreis	
23	- 222	- 23	- 758	- 811	- 246	- 2 037	Main-Kinzig-Kreis	
- 5	155	131	613	684	204	1 782	Main-Taunus-Kreis	
4	- 1 959	- 97	- 1 349	- 1 550	- 116	- 5 068	Odenwaldkreis	
2	- 249	112	826	- 638	- 120	- 67	Offenbach	
- 17	- 1 291	- 55	- 1 112	- 1 131	- 625	- 4 230	Rheingau-Taunus-Kreis	
1	202	- 102	- 797	- 464	- 210	- 1 370	Wetteraukreis	
- 5	863	55	356	199	100	1 568	Reg.-Bez. Darmstadt	
3	- 1 869	- 116	- 380	- 908	- 402	- 3 672	Gießen	
2	- 667	- 203	- 1 009	- 1 450	170	- 3 157	Lahn-Dill-Kreis	
- 1	- 2 407	- 135	- 652	- 1 251	- 293	- 4 738	Limburg-Weilburg	
7	- 1 124	- 94	- 1 576	- 476	- 497	- 3 759	Marburg-Biedenkopf	
- 5	- 2 486	- 49	- 1 642	- 1 310	- 552	- 6 044	Vogelsbergkreis	
2	- 1 385	- 128	- 922	- 1 007	- 347	- 3 786	Reg.-Bez. Gießen	
21	1 278	10	- 622	- 36	295	947	Kassel, St.	
1	- 2 056	6	- 615	- 718	- 284	- 3 665	Fulda	
19	- 944	44	- 612	- 539	- 174	- 2 206	Hersfeld-Rotenburg	
- 6	- 32	- 57	- 1 092	- 1 736	- 365	- 3 287	Kassel	
3	- 1 353	- 145	- 782	- 1 191	- 297	- 3 764	Schwalm-Eder-Kreis	
22	- 1 342	- 188	- 1 013	- 617	- 224	- 3 362	Waldeck-Frankenberg	
19	- 2 189	- 84	- 1 387	- 875	- 215	- 4 731	Werra-Meißner-Kreis	
10	- 803	- 47	- 782	- 655	- 63	- 2 340	Reg.-Bez. Kassel	
8	1 888	163	441	497	284	3 281	Kreisfreie Städte	
- 2	- 544	- 52	- 320	- 578	- 216	- 1 711	Landkreise	

Dekomposition der Unterschiede beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer¹⁾

Bei den Berechnungen zur Dekomposition der Unterschiede bei Arbeitnehmerentgelt (ANE) je Arbeitnehmer (AN) in den einzelnen Verwaltungsbezirken wird als Vergleich das landesdurchschnittliche Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer herangezogen. Damit wird der Abstand der genannten Größe eines Verwaltungsbezirks (V) zum hessischen Landesdurchschnitt (HE) wie folgt zerlegt:

$$\left(\frac{ANE}{AN}\right)_V - \left(\frac{ANE}{AN}\right)_{HE} = \underbrace{\sum_i \left(\frac{ANE}{AN}\right)_{V,i} \cdot (S_{V,i} - S_{HE,i})}_{\text{Struktureffekt}} + \underbrace{\sum_i S_{V,i} \cdot \left[\left(\frac{ANE}{AN}\right)_{V,i} - \left(\frac{ANE}{AN}\right)_{HE,i}\right]}_{\text{Einkommenseffekt}}$$

Der Index i bezeichnet den Wirtschaftszweig. Weiterhin stellt S_i den Anteil der Arbeitnehmer im Wirtschaftszweig i an allen Arbeitnehmern in der betrachteten Gebietseinheit dar

Der erste Term der Formel zur Dekomposition von Unterschieden beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer drückt den Effekt von Abweichungen in der Branchenstruktur zwischen dem betrachteten Verwaltungsbezirk und Hessen aus (Struktureffekt). Mit dem zweiten Term wird die Wirkung der Unterschiede beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer innerhalb der Wirtschaftszweige gemessen (Einkommenseffekt).

Ein positiver (negativer) Struktureffekt drückt aus, dass Wirtschaftsbereiche eines Verwaltungsbezirks, deren Arbeitnehmeranteile über (unter) dem Landesdurchschnitt liegen, mit einem höheren (niedrigeren) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im betreffenden Verwaltungsbezirk als in Hessen einhergehen.

Ein positiver (negativer) Einkommenseffekt bedeutet, dass das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer eines Wirtschaftsbereichs eines Verwaltungsbezirks höher (geringer) ist als im gleichen Wirtschaftsbereich im Landesdurchschnitt.

1) Die vorliegende Dekomposition von Unterschieden beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ist angelehnt an die Zerlegung unterschiedlicher FuE-Intensitäten. Moncada-Paternò-Castello, Pietro; Ciupagea, Constantin; Smith, Keith; Tübke, Alexander; Tubbs, Mike; „Does Europe perform too little corporate R&D? A comparison of EU and non-EU corporate R&D performance“, Joint Research Center of the European Commission, JRC Technical Notes No. 11/2009, S. 13.

te zum Land Hessen per saldo einen deutlich geringeren Erklärungsanteil. Die Komponenten des Struktureffekts sind jedoch sehr verschieden. Während die unternehmensnahen Dienstleister einen positiven Beitrag zum Struktureffekt leisteten – der Arbeitnehmeranteil lag in den kreisfreien Städten bei 32 % und im Land bei 22 % –, wirkte das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe dem entgegen. Der Arbeitnehmeranteil dieses Wirtschaftsbereichs lag in den kreisfreien Städten bei 11 %, in Hessen insgesamt waren es 18 %. Damit wird deutlich, dass bei der Betrachtung der Effekte einzelner Wirtschaftsbereiche die Strukturen für das Zustandekommen von Unterschieden im Wesentlichen verantwortlich sind.

In den Landkreisen zeigte sich ein Spiegelbild zu den kreisfreien Städten. Die beiden Gesamteffekte wiesen ein negatives Vorzeichen auf. Der Einkommenseffekt war in allen Wirtschaftsbereichen negativ, d. h. hier wurden im Vergleich zum Landesdurchschnitt geringere Arbeitnehmerentgelte entrichtet. Beim Struktureffekt schlugen die in den Landkreisen weniger stark vertretenen unternehmensnahen Dienstleister negativ zu Buche. Das hier

stärker besetzte Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe konnte dies allerdings nicht kompensieren.

In den meisten Fällen wiesen der Einkommens- und der Struktureffekt die gleichen Vorzeichen auf. Dies bedeutet, dass Differenzen aufgrund unterschiedlicher Bezahlungen in den Wirtschaftsbereichen durch die in den jeweiligen Verwaltungsbezirken vorherrschenden Wirtschaftsstrukturen verstärkt wurden. Dies wird besonders an 2 Beispielen deutlich. Während der Vogelsbergkreis im Vergleich zum Landesdurchschnitt mit unterdurchschnittlichen Arbeitnehmerentgelten und einem unterdurchschnittlichen Arbeitnehmeranteil im Wirtschaftsbereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ gekennzeichnet war, verhielt es sich in der Stadt Frankfurt am Main umgekehrt. Die Agglomeration von Bankzentralen und Hauptsitzen von Unternehmensberatungen, in denen höhere Entgelte als in den Filialen in den Landkreisen bezahlt werden, wirkt sich in Frankfurt am Main massiv aus. In beiden Fällen konnten die deutlich wirkenden Struktureffekte der unternehmensnahen Dienstleister nicht durch die Struktureffekte

des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe kompensiert werden. Diese Beobachtung trifft für die meisten Wirtschaftszweige in den hessischen Verwaltungsbezirken zu.

In 3 Fällen nahm der Struktureffekt betragsmäßig größere Werte an als der Einkommenseffekt (jeweils in summarischer Betrachtung). Die Stadt Kassel wies wegen des Sitzes des Regierungspräsidiums strukturelle Vorteile im Bereich der „Öffentlichen und privaten Dienstleister“ auf. Diese wurden aber überkompensiert durch die unternehmensnahen Dienstleister und das Produzierende Gewerbe. Gleichwohl ist in der Stadt Kassel der geringste Abstand beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer zum Land Hessen zu verzeichnen.

In der Stadt Offenbach am Main wirkte per saldo der Struktureffekt dem Einkommenseffekt entgegen. Die Strukturvorteile, die sich durch die unternehmensnahen sowie öffentlichen und privaten Dienstleister ergaben, wurden durch den Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ geschmälert aber nicht vollständig kompensiert. Anders verhielt es sich im Landkreis Offenbach: Die strukturellen Vorteile im Wirtschaftsbereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ gegenüber dem Land wurden durch die Nachteile bei den anderen beiden Dienstleistungsbereichen aufgezehrt. Vom Struktureffekt des Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe, der in den meisten Verwaltungsbezirken hohe Werte annahm, gingen im Landkreis Offenbach kaum Impulse aus. Insgesamt war jedoch der Unterschied beim Arbeitnehmerentgelt im Vergleich zum Landesdurchschnitt gering ausgeprägt.

Verteilungsrechnung: Definitionen und Berechnung

Nach der entstehungsseitigen Betrachtung der regionalen VGR sollen im Folgenden Entwicklungen auf der Verteilungsseite dargestellt werden. Der zentrale Einkommensbegriff der Verteilungsrechnung innerhalb der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Es stellt das Einkommen dar, das von den privaten Haushalten für Konsum oder Sparen verwendet werden kann. Der Sektor „private Haushalte“ umfasst Einzelpersonen oder Gruppen von Einzelpersonen, die in der Volkswirtschaft als Konsumenten fungieren. Sie können aber auch als Marktproduzenten tätig sein, soweit sie nicht als Quasi-Kapitalgesellschaften auftreten. Das sind marktbestimmte Einheiten mit vollständiger Rechnungslegung, deren wirtschaftliches und finanzielles Verhalten in etwa dem von Kapitalgesellschaften entspricht, wie etwa Einzelunternehmer, selbstständige Landwirte, Gastwirte, Heimarbeiter oder Angehörige der freien Berufe. Weiterhin beinhaltet der Sektor „private Haushalte“ die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, wie beispielsweise

Gewerkschaften, Fachverbände, politische Parteien sowie Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Beginnend mit der primären Einkommensverteilung wird das Arbeitnehmerentgelt, das aus den Bruttolöhnen und -gehältern sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber besteht, errechnet. Dazu werden die Einkommen aus unternehmerischen Tätigkeiten und der Saldo des Vermögenseinkommens der privaten Haushalte, wie beispielsweise Zinsen, Gewinnausschüttungen oder Pachten, addiert. Das Ergebnis ist das Primäreinkommen; es stellt den weitestgefassten Einkommensbegriff dar. Um zum verfügbaren Einkommen zu gelangen, werden vom Primäreinkommen die geleisteten Transfers abgezogen. Diese umfassen im Wesentlichen Steuern und Sozialbeiträge der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Selbstständigen sowie die vom Staat für Erwerbslose übernommenen Beiträge. Addiert werden die empfangenen Transfers der privaten Haushalte, die zum Großteil aus monetären Sozialleistungen bestehen. Diese können differenziert werden in Geldleistungen der Sozialversicherung, Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen und Sozialleistungen der Arbeitgeber. Unter die empfangenen laufenden Transfers fallen u. a. auch die Geldleistungen der Renten- und Arbeitslosenversicherung sowie Pension, die Geldleistungen von Schadenversicherungen, der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung, Wohngeld, Erziehungsgeld, Ausbildungsbeihilfen und Kriegsopferversorgung. Das verfügbare Einkommen schließt somit alle den privaten Haushalten zugeflossenen Einkommen abzüglich der geleisteten Transfers und Zinsen auf Konsumentenkredite ein. Der Übergang vom Primäreinkommen zum verfügbaren Einkommen wird als Umverteilung bezeichnet.

Bei der Interpretation der Durchschnittseinkommen ist zu beachten, dass die Art der sozialen Sicherung die Höhe des verfügbaren Einkommens beeinflusst. So sind die insbesondere für Arbeiter und Angestellte getätigten Beiträge zur Sozialversicherung nicht im verfügbaren Einkommen enthalten, da sie als geleistete laufende Transfers abgezogen werden. Selbstständige müssen dagegen ihre private Altersvorsorge aus ihrem verfügbaren Einkommen leisten, sofern es sich nicht um Beiträge an die gesetzliche Rentenversicherung handelt. Erstattungen privater Krankenkassen und Beihilfezahlungen an Beamte und Pensionäre erhöhen das verfügbare Einkommen, Sachleistungen der gesetzlichen Krankenkassen sind dagegen nicht im verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte enthalten. Darüber hinaus umfasst das Konzept des verfügbaren Einkommens auch sogenannte unterstellte Einkommen. So gehören zu den Unternehmensgewinnen und Vermögenseinkommen zum einen Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen, die aus der Verzinsung versicherungstechnischer Rückstellungen bei Versicherungsunternehmen

und Pensionskassen, insbesondere aus Kapitallebensversicherungen, resultieren und zum anderen unterstellte Einkommen im Zusammenhang mit selbstgenutztem Wohneigentum.

Das Berechnungsschema des Einkommensverteilungskontos der privaten Haushalte kann wie folgt dargestellt werden:

Bruttolöhne und -gehälter	
+ Sozialbeiträge der Arbeitgeber	
= Empfangenes Arbeitnehmerentgelt	
+ Betriebsüberschuss der privaten Haushalte und Selbstständigeneinkommen	
+ Saldo der Vermögenseinkommen	
= Primäreinkommen der privaten Haushalte	
– Geleistete laufende Transfers	
+ Empfangene laufende Transfers	
= Verfügbares Einkommen	

Das verfügbare Einkommen kann als Indikator für den monetären Wohlstand der Bevölkerung angesehen werden. Als private Haushalte werden die Einzelpersonen oder Gruppen von Einzelpersonen, wie beispielsweise Heiminsassen oder Ordensmitglieder, mit Wohnsitz in einer bestimmten Region verstanden. Die Summe der Haushaltsmitglieder kommt daher der gebietsansässigen Bevölkerung gleich. Daher werden die im Folgenden dargestellten Ergebnisse je Einwohner ausgewiesen. Damit handelt es sich um einen Mittelwert. In der Realität gibt es jedoch eine starke Streuung um dieses Durchschnittsergebnis, das sowohl Haushalte mit geringem Einkommen umfasst als auch Haushalte, deren Haupteinkommensbezieher Geschäftsführer oder Vorstandsmitglied großer Unternehmen sind. Wie sich die Verteilung der verfügbaren Einkommen nach Größenklassen darstellt, kann von den VGR nicht beantwortet werden. Hierfür müssten andere Datengrundlagen wie etwa die Einkommensteuerstatistik oder die Einkommens- und Verbrauchstichprobe herangezogen werden.

Verfügbares Einkommen in den hessischen Verwaltungsbezirken: Starke Unterschiede weiten sich aus

Beim verfügbaren Einkommen gab es im Jahr 2009 große Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen in Hessen. Den Spitzenplatz belegte der Hochtaunuskreis, in dem das verfügbare Einkommen je Einwohner 28 240 Euro erreichte. Es folgten der Main-Taunus-Kreis mit 23 610 Euro und die Stadt Darmstadt

5) Die Ergebnisse für alle kreisfreien Städte und Landkreise Deutschlands stehen als Gemeinschaftsveröffentlichung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ unter www.vgrdl.de kostenfrei als Download bereit.

mit 22 600 Euro. Das geringste verfügbare Einkommen je Einwohner war in der Stadt Offenbach am Main mit 16 900 Euro festzustellen.

In Hessen nahm das verfügbare Einkommen je Einwohner im Jahr 2009 krisenbedingt gegenüber dem Vorjahr um 0,7 % ab. Die stärksten Rückgänge wiesen die Stadt Frankfurt am Main mit einem Minus von 2,4 und der Landkreis Fulda mit 2,3 % auf. Dagegen verzeichneten der Rheingau-Taunus-Kreis mit 1,1 % sowie der Odenwaldkreis und der Landkreis Kassel mit 1,0 % die stärksten Anstiege. Grund hierfür waren u. a. rückläufige Baufertigstellungen, was dazu führte, dass weniger Zinsen für Wohnungsbaukredite zu tilgen waren und daher mehr verfügbares Einkommen bei den Einwohnern verblieb.

Im aussagekräftigeren Zehnjahresvergleich zeigt sich, dass sich die starken Niveauunterschiede ausgeweitet haben. Im Jahr 2009 lag das verfügbare Einkommen im Hochtaunuskreis 67 % über dem Wert der Stadt Offenbach am Main. Auch im Jahr 2000 war der Hochtaunuskreis der einkommensstärkste Landkreis. Sein Wert lag damals um 63 % über dem der Stadt Kassel, die das Ende der Skala der hessischen Kreise bildete. Relativierend muss allerdings erwähnt werden, dass bereits der Abstand des Hochtaunuskreises zum zweitplatzierten Kreis groß ist. In den Jahren 2000 und 2009 lag das verfügbare Einkommen im Hochtaunuskreis jeweils knapp 20 % über dem des Main-Taunus-Kreises.

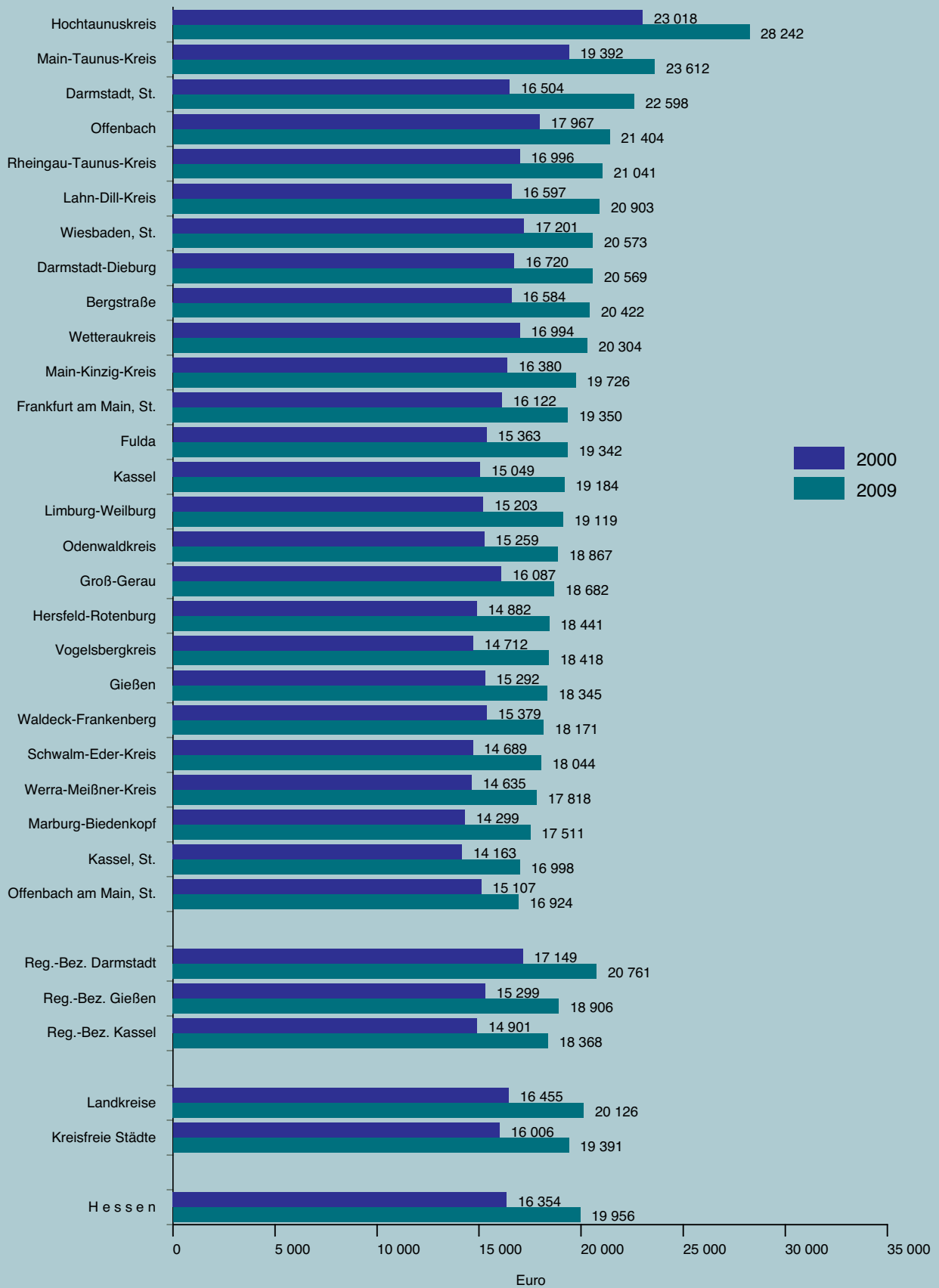
Landesweit betrug das Plus beim verfügbaren Einkommen 22,0 % im Zehnjahresvergleich. Während der Hochtaunuskreis um 22,7 % zulegen, waren die Zuwächse in Darmstadt mit 36,9 % noch höher. Dagegen verzeichneten die Stadt Offenbach am Main und der Landkreis Groß-Gerau mit 12,0 bzw. 16,1 % die geringsten Anstiege.

Hessen im Vergleich

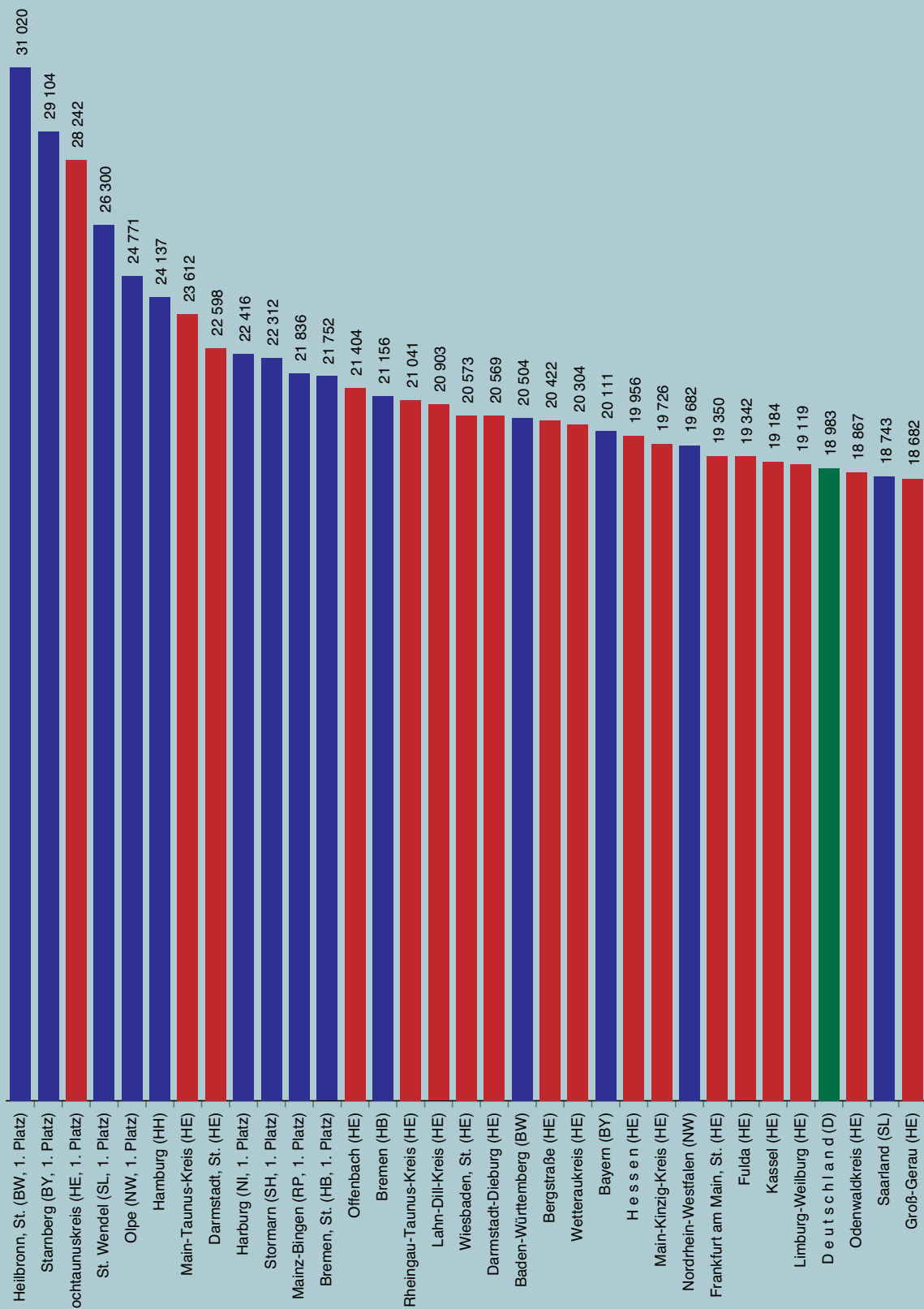
Zur Einordnung des verfügbaren Einkommens je Einwohner der hessischen Landkreise und kreisfreien Städte werden die Ergebnisse einem bundesweiten Vergleich unterzogen⁵⁾. Dabei werden die Daten für Hessen den Länderergebnissen und dem jeweils einkommensstärksten und einkommensschwächsten Verwaltungsbezirk gegenübergestellt. Im Jahr 2009 lag die Stadt Heilbronn mit einem verfügbaren Einkommen je Einwohner von 31 020 Euro bundesweit an der Spitze der kreisfreien Städte und Landkreise, gefolgt vom Landkreis Starnberg (29 100 Euro). Der Hochtaunuskreis (28 240 Euro), der in Hessen den 1. Platz belegte, rangierte im Bundesvergleich auf dem 3. Platz.

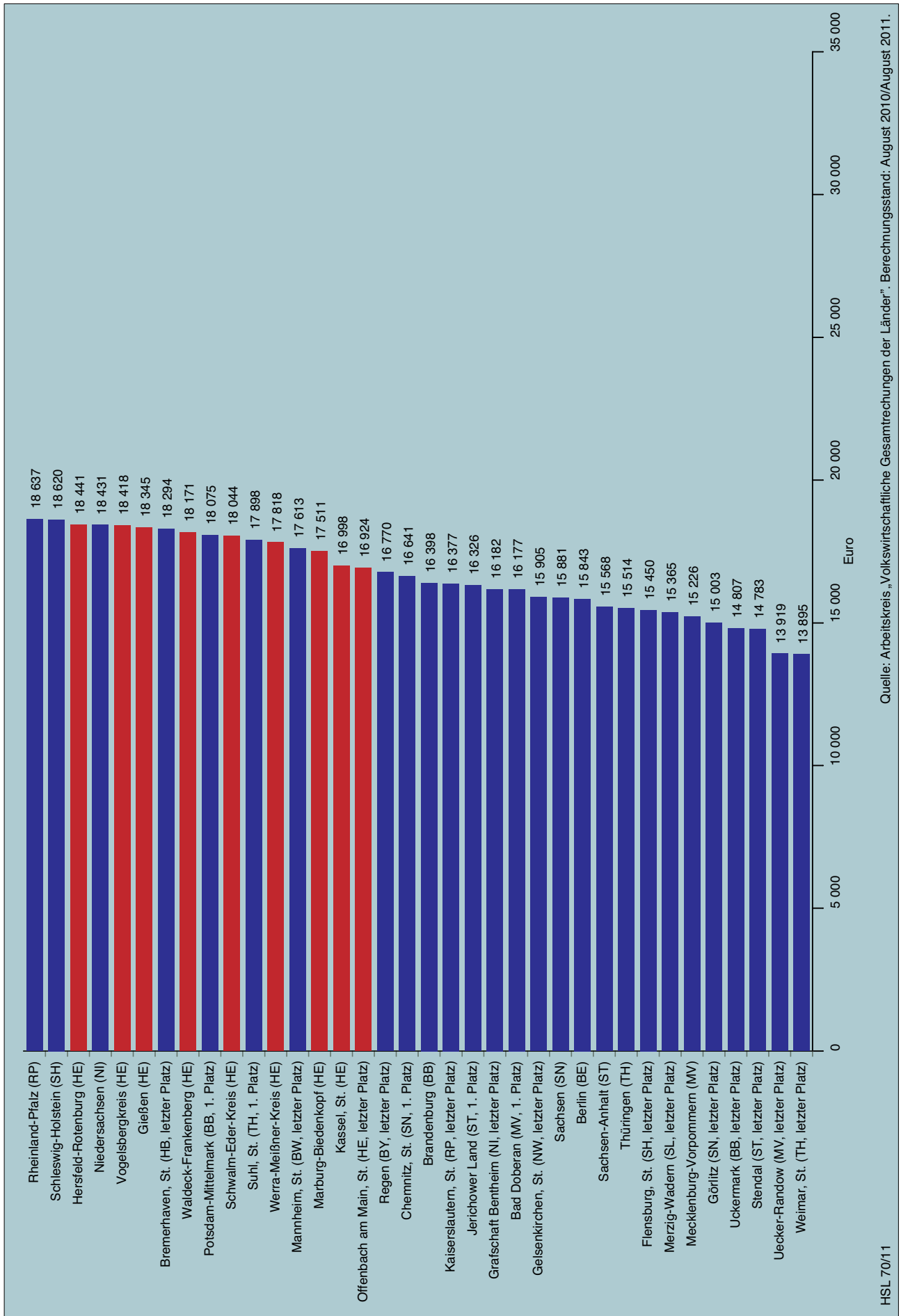
Die Stadt Offenbach am Main (16 920 Euro), das Schlusslicht in Hessen, lag etwa gleichauf mit dem Landkreis Regen (16 770 Euro), der das Ende der Skala in Bay-

Verfügbares Einkommen je Einwohner in den hessischen Verwaltungsbezirken 2000 und 2009 in Rangfolge 2009



Verfügbares Einkommen je Einwohner in den Bundesländern und ausgewählten kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 2009 in Rangfolge





Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. Berechnungsstand: August 2010/August 2011.

HSL 70/11

ern bildete. Etwa im bundesweiten Durchschnitt von 18 980 Euro lagen der Landkreis Limburg-Weilburg (19 120 Euro) und der Odenwaldkreis (18 870 Euro). Weiterhin ist festzustellen, dass die Bundesländer, deren Landkreise an der Spitze liegen, die größten Spannweiten aufweisen. Der Abstand zwischen dem höchsten und niedrigsten verfügbaren Einkommen je Einwohner betrug in Baden Württemberg 13 410 Euro, in Bayern 12 330 Euro und in Hessen 11 320 Euro. Die geringsten Spannen wiesen Sachsen-Anhalt mit 1540 Euro und Sachsen mit 1640 Euro auf.

Zunahme der Einkommensumverteilung

Im Zehnjahreszeitraum von 2000 bis 2009 entwickelte sich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte insgesamt in Hessen mit 22,1 % stärker als das Primäreinkommen, das um 16,9 % anstieg. Die Bruttolöhne und -gehälter nahmen im gleichen Zeitraum um 13,9 % zu. Somit hat sich die Einkommensumverteilung ausgeweitet. Vor allem die an die Haushalte geflossenen Sozialleistungen nahmen mit 21,5 % stärker als die Primäreinkommen zu. Allerdings waren die geleisteten Sozialbeiträge mit 16,7 % etwa gleich stark wie das Primäreinkommen, aber deutlich stärker als das Arbeitnehmerentgelt (+ 12,9 %) angestiegen, aus dem sie letztlich berechnet werden.

Im Jahr 2000 lag in Hessen der Anteil des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen bei knapp 79 %, d. h. gut 21 % des Primäreinkommens wurden umverteilt. Dagegen wurden im Jahr 2009 knapp 18 % umverteilt. Während in den kreisfreien Städten der Umverteilungsanteil nur geringfügig zurückging, fiel der Rückgang in den Landkreisen etwas stärker aus. Damit blieb im Zehnjahresvergleich den Einwohnern in den hessischen Verwaltungsbezirken mehr vom Primäreinkommen für Konsumzwecke oder die Bildung von Ersparnissen übrig. Einzige Ausnahme stellt die Stadt Frankfurt am Main dar: Wurden hier im Jahr 2000 gut 25 % des Primäreinkommens umverteilt, waren es im Jahr 2009 knapp 27 %. In Frankfurt am Main nahm das Primäreinkommen stärker als in Hessen insgesamt zu. Ausschlaggebend hierfür war ein deutlich stärkerer Anstieg des empfangenen Arbeitnehmerentgelts als im Land. Damit waren auch kräftigere Zunahmen bei der geleisteten Einkommensteuer sowie den Sozialbeiträgen verbunden. Besonders massiv fiel die Zunahme bei den geleisteten Zinsen, v. a. für Wohnungsbaukredite, aus, die sich entgegen dem Landestrend entwickelten. Demgegenüber stiegen die empfangenen Sozialleistungen in Frankfurt am Main geringer als im Land an. Per saldo führte dies dazu, dass den Einwohnern der Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2009 prozentual weniger als 10 Jahre zuvor vom Primäreinkommen übrig blieb.

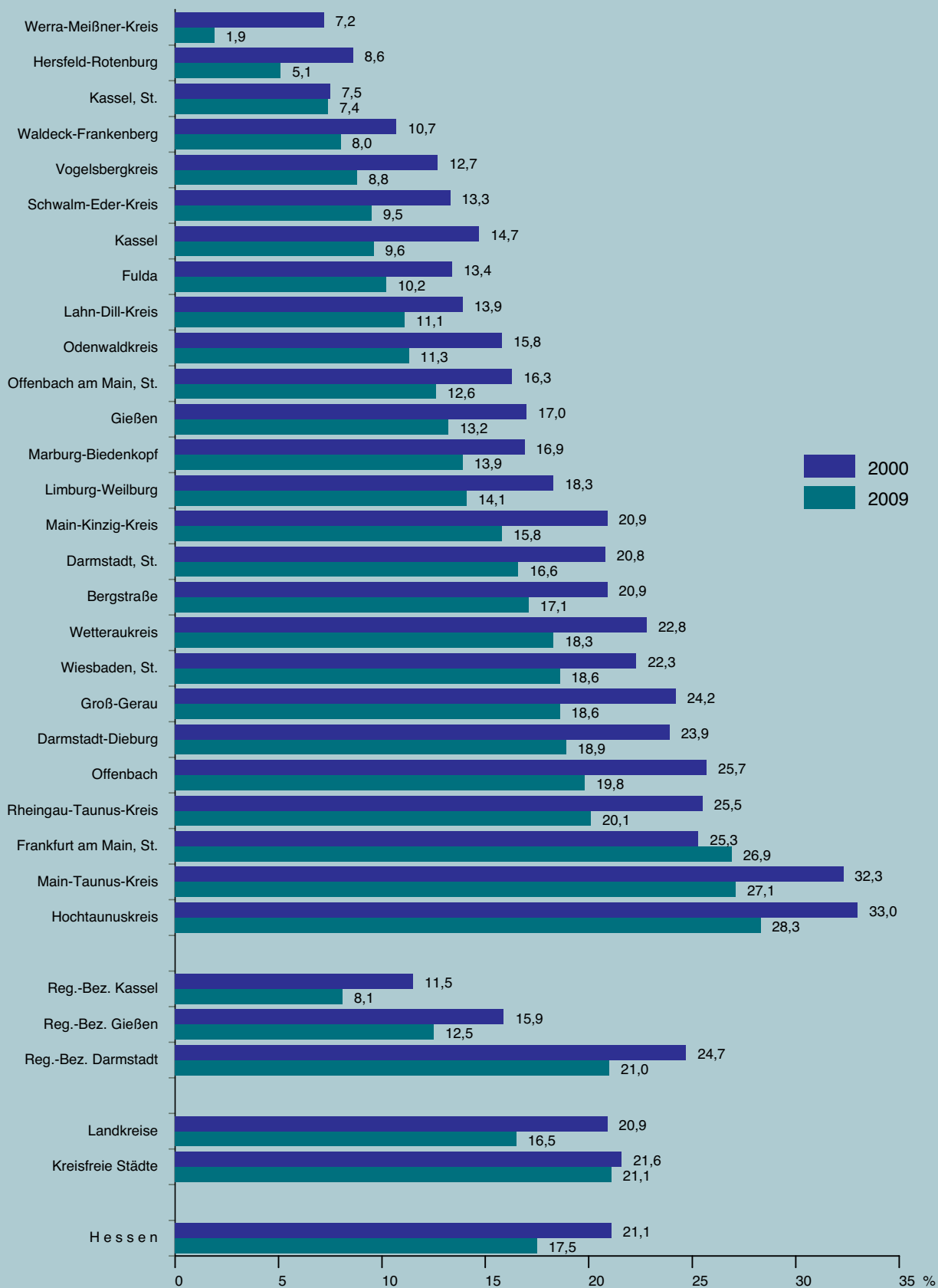
Im Werra-Meißner-Kreis verblieb im Jahr 2000 bereits der größte Teil des Primäreinkommens unter den hessischen Verwaltungsbezirken. Entfielen damals 7,2 % auf die Umverteilung, waren es im Jahr 2009 nur noch 1,9 %. Während die geleisteten Einkommen- und Vermögenssteuern sowie Sozialbeiträge der Arbeitgeber rückläufig waren, nahmen sie im Land zu. Im Werra-Meißner Kreis nahm der Umverteilungsanteil am Primäreinkommen um 5,4 Prozentpunkte ab. Der stärkste Rückgang war im Landkreis Offenbach zu verzeichnen, wo der Anteil um 5,9 Prozentpunkte zurückging; der Anteil des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen lag hier im Jahr 2009 bei gut 80 %. Das Primäreinkommen stieg hier weniger als in Hessen, dies traf auf alle 3 Komponenten – das empfangene Arbeitnehmerentgelt, den Betriebsüberschuss bzw. die Selbstständigeneinkommen sowie den Saldo der Vermögenseinkommen – zu. Damit ging auch eine Abnahme der geleisteten Einkommen- und Vermögenssteuern einher. Neben der sinkenden Abgabenbelastung war eine Zunahme der empfangenen monetären Sozialleistungen, insbesondere aus der gesetzlichen Pflegeversicherung sowie der Arbeitslosenversicherung, zu beobachten.

Der Hochtaunuskreis lag sowohl beim Primäreinkommen als auch beim verfügbaren Einkommen in den Jahren 2000 und 2009 an der Spitze der hessischen Verwaltungsbezirke. Verblieben im Jahr 2000 zwei Drittel des Primäreinkommens für Spar- und Konsumzwecke, so waren es im Jahr 2009 knapp 72 %. Das empfangene Arbeitnehmerentgelt und die Betriebsüberschüsse bzw. Selbstständigeneinkommen entwickelten sich dynamischer als landesweit. Die Vermögenseinkommen nahmen weniger als im Land zu, was vor allem an den stark rückläufigen Ausschüttungen lag. Damit waren auch weniger veranlagte Steuern aus Kapitaleinkünften verbunden. Weiterhin wurden mehr Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen bezogen.

Umverteilung mildert Unterschiede ab – aber Verstärkung der Disparität

Die Umverteilung kann nur die Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen abschwächen, nicht aber beseitigen. Damit blieb auch im Wesentlichen die Rangfolge beim verfügbaren Einkommen je Einwohner in Hessen erhalten. An der Spitze lagen im Jahr 2009 der Hochtaunuskreis und der Main-Taunus-Kreis. Lediglich die Stadt Frankfurt am Main rutschte durch die Umverteilung von Rang 5 auf Rang 12 stärker ab. Einen Verlust von 5 bzw. 4 Plätzen mussten der Landkreis Marburg-Biedenkopf (von Rang 19 auf 24) sowie der Landkreis Groß-Gerau (von Rang 13 auf 17) hinnehmen. Die größten Aufstiege mit jeweils 5 Plätzen verzeichneten der Lahn-Dill-Kreis (von Rang 11 auf 6) und der Landkreis Hersfeld-Rotenburg (von Rang 23 auf 18). Alle übrigen

Anteil der Umverteilung am Primäreinkommen in den hessischen Verwaltungsbezirken 2000 und 2009 in Rangfolge 2009



Kreisen wiesen Veränderungen von 3 Rängen oder weniger auf.

Die Entwicklung der Umverteilung lässt sich beschreiben, wenn man die Abweichungen des stärksten und schwächsten Kreises im Zehnjahresvergleich betrachtet. Beim Primäreinkommen lag der Hochtaunuskreis im Jahr 2000 65,8 % über dem hessischen Landesdurchschnitt. Durch die Umverteilung nahm dieser Vorsprung auf 40,7 % ab. Die Stadt Kassel lag beim Primäreinkommen am unteren Ende der Skala. Der Rückstand zum Landesdurchschnitt betrug 26,1 %, der sich nach der Umverteilung auf 13,4 % verringerte. Im Jahr 2009 wies der Hochtaunuskreis, der noch immer der Spitzenreiter war, beim Primäreinkommen einen Vorsprung zum Landesdurchschnitt von 62,8 % auf, der sich beim verfügbaren Einkommen durch die Umverteilung auf 41,5 % reduzierte. Das untere Ende bildete im Jahr 2009 beim Primäreinkommen der Werra-Meißner-Kreis, mit einem Rückstand zum Landesmittelwert von 25,1 %. Nach der Umverteilung rangierte die Stadt Offenbach auf dem letzten Platz mit einem Rückstand von 15,2 %, der des Werra-Meißner-Kreises betrug dagegen 10,7 %. Damit wird deut-

lich, dass sich der Abstand nach der Umverteilung im Zehnjahresvergleich oberhalb des Landesdurchschnitts verringert, dagegen am unteren Ende zugenommen hat.

Zahl der „Umverteilungsgewinner“ nimmt ab

In allen hessischen kreisfreien Städten und Landkreisen lag das verfügbare Einkommen unter dem Primäreinkommen. Das bedeutet, dass die hessischen Verwaltungsbezirke „Lastenträger“ der gesamtdeutschen Umverteilung waren. In fast allen westdeutschen kreisfreien Städten und Landkreisen sowie den Stadtstaaten Hamburg und Berlin – aber auch in den beiden Verwaltungsbezirken des Stadtstaats Bremen – wurde durch die Umverteilung das Primäreinkommen geschmälert. Einzige Ausnahme unter den westdeutschen Verwaltungsbezirken bildete im Jahr 2009 die kreisfreie Stadt Pirmasens in Rheinland-Pfalz. Die Mehrzahl der „Gewinner“ der Umverteilung lag allerdings in den ostdeutschen Bundesländern. Während im Jahr 2000 in 56 von 86 kreisfreien Städten und Landkreisen das verfügbare Einkommen das Primäreinkommen überstieg, nahm diese Zahl im Jahr 2009 auf 45 ab.